

Alerta Südthüringen

Infoheft für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen



Schwerpunkt im Heft: Deutsche Zustände

- ▶ Hildburghausen: Ein Drama in drei Akten
- ▶ Wie in Suhl das Erinnern dem Vergessen Vorschub leistet
- ▶ Zum Jahrestag eines Nazimords in Suhl – Dokumentation eines Flugblattes
- ▶ Ilm-Kreis: Kapitalismus abschaffen statt Schaffen gehen
- ▶ außerdem im Heft: Über die Wühlarbeit der AfD im Thüringer Landtag, Aufruf zur Solidarität, uvm.

IN DIESER AUSGABE:

Editorial	—	3
Was ist los in Südthüringen (und Umgebung)? – Short News zum alltäglichen Wahnsinn in unserer Region	—	4
Hildburghausen: Ein Drama in drei Akten	—	8
Wie in Suhl das Erinnern dem Vergessen Vorschub leistet	—	11
Zum Jahrestag eines Nazimords in Suhl – Dokumentation eines Flugblattes	—	14
Ilm-Kreis: Kapitalismus abschaffen statt Schaffen gehen	—	17
Plattentipp: Cocktailbar Stammheim – Es wird ja auch nicht lustiger	—	19
Alles Extremisten? Über die Wühlarbeit der AfD im Thüringer Landtag	—	20
Free the three – Aufruf zur Solidarität	—	24
Menschen im antifaschistischen Widerstand – Teil I: Nikolaus Pfaff	—	25
Was heißt Antifa – Teil I	—	27
Fotohatestory – Tommy und Patti machens in Japan	—	31

Unser Titelbild zeigt ein Solidaritätsstreetart aus Suhl für drei gefangengenommene Antifaschisten aus Gotha vom September 2016.

So erreicht ihr uns:

Alerta Südthüringen

alerta-sth@riseup.net
www.alerta.ml

Vi.S.d.P.: Stefan Müller, Straße der Opfer des Faschismus, 98527 Suhl

DIE LETZTE AUSGABE DER ALERTA SÜDTHÜRINGEN erschien im Winter 2015/2016, also vor fast einem Jahr. Damals planten wir eine neue Ausgabe für Spätsommer 2016. Dass wir diesen Zeitplan nicht einhalten konnten – was für ein prekäres Projekt wie dieses nun nicht ungewöhnlich ist – hängt eng mit dem Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe zusammen. „Deutsche Zustände“ mag dem einen oder der anderen etwas weit gefasst erscheinen. Das mag sein. Die in den nachfolgenden Texten beschriebenen Zustände (Naziterror, Arbeitswahn, Geschichtsklitterung, Angriffe des Staates auf linke Strukturen, etc.) haben aber eines gemeinsam: Sie rauben Menschen, die zu Besserem entschlossen sind, die Zeit für ein Zeitschriftenprojekt wie dieses. Und trotzdem haltet ihr hier die siebte Ausgabe unserer Zeitschrift für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen in den Händen oder lest sie im Internet.

Die Tage werden nun wieder kürzer und kälter, dem Sommer der Migration wird ein langer Winter der Abschiebungen folgen, denn in Thüringen gibt es voraussichtlich auch in diesem Jahr keinen Winterabschiebestopp. Die rot-rot-grüne Landesregierung weiß wie die Bundesregierung dies sicherlich mit Sachzwängen zu begründen und übt sich damit in einem klassisch deutschen Reflex der Verteidigung von Unmenschlichkeit durch den Verweis auf die Notwendigkeit der Garantie eines reibungslosen Ablaufes. Da man sich da aber ganz auf der Seite geltenden Rechts bewegt – das man mittels einer Reihe von Asylrechtsverschärfungen zu diesem Zwecke angepasst hat –, kann man sich zumindest nicht vorwerfen lassen, nicht stets anständig gewesen zu sein. Und auch ansonsten ist so ziemlich alles beim Alten, weswegen wir noch immer gegen die selben Zustände wie vor dem Sommer im „Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“ (U. Sonnemann) anschreiben. In diesem Sinne steht die aktuelle Ausgabe der Alerta auch unter dem Themenschwerpunkt „Deutsche Zustände“.

Ganz im Thema geht es im ersten Artikel dieser Ausgabe „Hildburghausen: Ein Drama in drei Akten“ deswegen um ein Nazifestival mit mehreren Tausend Teilnehmern in Hildburghausen, das im Sommer dieses Jahres zum zweiten Mal unter der Schirmherrschaft von Tommy Frenck und Patrick Schröder stattfand. Eine handvoll Zivilgesellschaftler und einige autoritäre Linke der MLPD fanden sich zu einer Demonstration zusammen, um unter Gefährdung der eigenen körperlichen Unversehrtheit in Konfrontation mit Tausenden teils betrunkenen Nazis darüber hinwegzutäuschen, dass den regelmäßig in Hildburghausen stattfindenden Naziveranstaltungen derzeit nicht viel entgegenzusetzen ist. Dass von Nazis auch aktuell Gefahr für Leib und Leben ausgeht, zeigt traurigerweise der Mord an Klaus-Peter Kühn aus Suhl am 16. Juni 2012, an dem in diesem Jahr mittels eines Flugblattes erinnert wurde, welches wir in dieser Ausgabe dokumentieren.

Dass die Deutschen Täter sich dabei auch in der Rolle als Opfer gemeinhin wohl fühlen, verdeutlicht die deutsche Gedenkpoltik im Allgemeinen und das im Heft unter dem Titel „Wie in Suhl das Erinnern dem Vergessen Vorschub leistet“ im Besonderen. Die Liste der Deutschen Zustände wäre nicht komplett, würde nicht auch die Arbeitswut dieser Gesellschaft beleuchtet werden, wie im Artikel „Ilm-Kreis: Kapitalismus abschaffen statt Schaffen gehen“ der Fall. An diesem Beispiel zeigt sich auch, wie gut sich die Deutschen darauf verstehen, eine Sache um ihrer Selbst willen zu tun, wie es Adorno als Antwort auf die Frage „Was ist deutsch“ herausgestellt hat.

Dass wir der ganzen Reihe von Zumutungen eben doch etwas entgegenzusetzen haben, zeigen wir im Heft mit dem Wachhalten der Erinnerung an den historischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowie mit einer in diesem Heft gestarteten Reihe zur Frage: „Was heißt Antifa?“, wo wir Theorie und Praxis einer radikalen antifaschistischen Linken in der gegenwärtigen Gesellschaft umreißen wollen. Nun viel Spaß beim Lesen!

WAS IST LOS IN SÜDTHÜRINGEN (UND UMGEBUNG)? – SHORT NEWS ZUM ALLTÄGLICHEN WAHNSINN IN UNSERER REGION

Rassistenkarnevall in Wasungen

WO VIELE MENSCHEN zum „unbeschwerten Feiern“ zusammenkommen, da droht in Deutschland immer Ungemach und in Zeiten der sogenannten „Flüchtlingskrise“ – der Begriff ist selber mehr Ausdruck des Problem als eine zutreffende Beschreibung der gegenwärtigen Rassismuskrise – gilt das besonders. Während des Karnevalsumzuges am 6. Februar 2016 in Wasungen feierten die Karnevalisten u.a. mit einem Wagen, den sie „Balkan-Express“ nannten und der mit dem Satz beschriftet war: „Die Ploach kömmt“ (in zivilisierter Sprache: „Die Plage kommt“). Um den Wagen sprangen als Heuschrecken verkleidete Menschen und symbolisierten damit, ohne es zu wissen, dass rassistisches und antisemitisches Ressentiment zusammen gehören. Im Nachgang stellte die Staatsanwaltschaft alle Ermittlungen wegen Volksverhetzung ein und unterstützte damit die Dorfgemeinschaft in ihrer Empörung über die Berichterstattung des MDR. Nicht den Rassismus und Antisemitismus des Wasunger Karnevals empfinden die Eingeborenen empörend, sondern die öffentliche Thematisierung.



Arnstädter NPD-Ortsgruppe zerfällt nach gescheitertem Kinderfest

EIGENTLICH WOLLTE DIE NPD-ORTSGRUPPE um Sven und Nicole Krämer sowie Sven Henneborn am 16. April ein Kinder- und Bürgerfest auf dem Rabenhold organisieren. Nach einigem Hin und Her mit dem Arnstädter Ord-

nungsamt und Konflikten mit einer angemeldeten Gegenveranstaltung ließen die Nazis von ihren Plänen ab und schauten sich das stattfindende Frühlingsfest der Vielfalt des alternativen Jugend- und Kulturkollektivs (JUKK) Arnstadt und der Jusos Ilm-Kreis an. Im Nachgang bejubelten die Nazis, die sich hinter ihren Kindern versteckten, ihre Teilnahme. Der Ortsverband der NPD zerfiel in den folgenden Monaten mit dem Austritt der Krämers aus der Partei. Er war aus der Anti-Geflüchteten-Initiative „Patriotische Bürgerbewegung für Arnstadt“ (PBFA) entstanden. Rest in Hell!

AfD-Landesparteitage in Arnstädter Stadthalle

WIE BEREITS IM JAHR 2015 veranstaltete die Thüringer AfD auch im Jahr 2016 ihre Landesparteitage in der Arnstädter Stadthalle. Am 8. April sowie am 22. Oktober versammelte sich also in Arnstadt mal wieder alles, was in der Prot faschistenszene Thüringens Rang und Namen hat. Der Anführer der Thüringer AfD und die Symbolfigur der ganz Rechten in Deutschlands neuer Rechtspartei, Björn Höcke, nutzte im Frühjahr die Gelegenheit um sich bei PEGIDA für die Vorarbeit zu bedanken und die Nähe zur FPÖ, den Prot faschisten aus Österreich zu suchen. Damit rannte der Mann in Arnstadt bekanntermaßen offene Türen ein. Hier knüpfte



der lokale AfD-Vorläufer „Pro Arnstadt“ schon Kontakte zur FPÖ, da gab es die AfD noch gar nicht und der nationalsozialistische Rassenforscher Björn Höcke war noch der Geschichtslehrer eines hessischen Gymnasiums. Deutsche Zustände at its best.

Brandanschlag auf vietnamesischen Obst- und Gemüseladen in Arnstadt

AM MORGEN DES 5. JUNI 2016 zündeten Unbekannte die Paletten im Eingangsbereich eines vietnamesischen Obst- und Gemüseladens in der Erfurter Straße an. Das Feuer konnte durch die Arnstädter Feuerwehr gelöscht werden. Die sieben im Haus wohnenden Vietnamesen kamen ebenso wie andere Personen nicht zu Schaden. Selbst die sonst in Sachen möglicher rechter Täterschaft sehr schweigsame Arnstädter Polizei sprach im Nachgang davon, sie prüfe einen „rechtsextremen Hintergrund“. Ergebnislos bis heute.

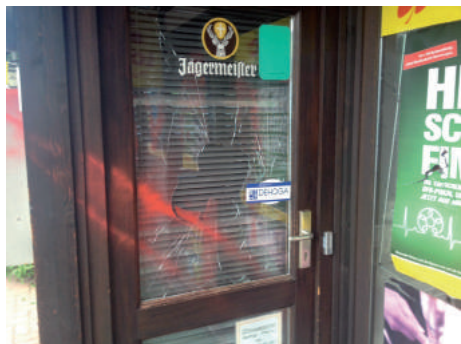
AfD-Kundgebung nach Angriff auf Veranstaltungsort in Zella-Mehlis

DER KREISVERBAND DER AfD SÜDTHÜRINGEN plante am 29. Juni 2016 in der Zella-Mehliser Gaststätte „Dies und Das“ einen ihrer berüchtigten Bürgerdialoge. Bei solchen Veranstaltungen inszenieren Rassisten, die sich in allen für den Personenkreis relevanten Sachfragen einig sind, Debatten, die unter dem Anschein demokratischer Partizipation dazu dienen, die Luft aus den Köpfen des örtlichen Wutbürgertums zu lassen. Allerdings durchkreuzte ein Angriff

auf die Location die kleine Rassistenwallfahrt im Bergdorf, was die AfD von „linkem Gesinnungsterror“ schäumen ließ. Aus Protest gegen den Protest organisierte sie eine Kundgebung vor dem Rathaus, an der neben dem Personal der Landespartei auch Neonazis wie Tommy Frenck und dessen lokale Anhängerschaft sowie der 2015 aus der AfD geschasste Heiko Bernardy teilnahmen. Im (proto-)faschistischen Milieu stehen die Zeichen auf Versöhnung.

Neonazi ist stellvertretender Kreischef der AfD Südthüringen

VOR EINIGEN JAHREN MACHTE in Zella-Mehlis eine militante Kameradschaft auf sich aufmerksam mit Anti-Antifa-Arbeit, Angriffen auf linke Veranstaltungen, Menschen und Räume sowie der Durchdringung der städtischen Gesellschaft in Feuerwehr, Sport- und anderen Vereinen. Inzwischen sind die militanten Neonazis der alten Kameradschaft verzogen, vom Berufsleben verschlungen oder eben vom militanten Politaktivisten ins Stadium des normalrassistischen Kirmesschlägers zurückgefallen. Einer der alten jungen Kameraden aber strebt inzwischen eine Karriere bei der AfD an. Der früher bei der Kameradschaft Zella-Mehlis aktive Neonazi Kevin Gröschel ist derzeit stellvertretender Kreischef der AfD Südthüringen und eröffnete in dieser Funktion die AfD-Kundgebung am 29. Juni 2016 in Zella-Mehlis, was uns zu der durchschaubar rhetorischen, weil längst beantworteten Frage führt: Hat die AfD keine Berührungängste mit Neonazis?



Kevin Gröschel (ganz rechts) im Kreise der militanten Kameradschaft Zella-Mehlis

Landrat errichtet Straflager für Geflüchtete in Meiningen

IN MEININGEN ERRICHTETE DAS LANDRATSAMT in den vergangenen Monaten ein Straflager für „nicht wohnungstaugliche Flüchtlinge“ (SPD-Landrat Heimrich). Wer zu diesem Personenkreis gehört bzw. was man sich zu Schulden kommen lassen musste, um vom Landkreis ins Straflager gesteckt zu werden, ist unklar und obliegt der Willkür institutioneller Rassisten. Die Menschen wurden in einer ehemaligen Mehrzweckhalle in zusammengezwimmerten Verschlägen, abgetrennt durch Planen und mit miesen sanitären Einrichtungen, untergebracht. Dagegen protestieren Flüchtlingshelfer, der Thüringer Flüchtlingsrat und die Parteien der Thüringer Regierungskoalition. Selbst das versammelte Pfaffentum, dem sonst weder Abschiebung noch Abschottung gegen Geflüchtete Anlässe wären, die deutsch-europäische Mordpolitik im Interesse des Nächstenliebegebots oder ähnlicher Christenfloskelei zu beanstanden, protestierte gegen das Straflager des Landrates.

Kirchheim: Immer wieder größere Veranstaltungen im Nazizentrum

DAS „VERANSTALTUNGSZENTRUM ERFURTER KREUZ“ (Selbstbezeichnung des früheren „Romatischen Fachwerkhof“) war auch in den vergangenen Monaten Austragungsort großer Neonaziveranstaltungen und ist ohne Zweifel eine der wichtigsten von Neonazis genutzten Immobilien in Deutschland. Zwei Beispiele unter den fast wöchentlich stattfindenden Neonazievents in Kirchheim: Rund 450 Teilnehmer besuchten das am 20. August 2016 im Veranstaltungszentrum ausgetragene „Rock gegen Überfremdung“. Or-

ganisiert wurde das Konzert u.a. von und mutmaßlich auch für die gerade angeklagten Schläger im Ballstädt-Prozess. Es wäre nicht das erste Mal, dass in Kirchheim Gelder für die Prozesskosten von militanten Neonazis gesammelt würden. Sechs Wochen darauf marschierten die nächsten militanten Faschisten in Kirchheim auf. Am 1./2. Oktober 2016 fand hier der Parteitag der Nazisplitterpartei „Der III. Weg“ statt. Die Organisation dient als Auffangbecken von Aktivisten des im Juli 2014 verbotenen Kameradschaftsnetzwerkes „Freies Netz Süd“. Proteste gegen die Naziveranstaltungen organisiert die örtliche Zivilgesellschaft nur noch sporadisch.

Posse um Hauskauf in Geschwenda

WER ALS BESITZER EINER SCHROTTIMMOBILIE diese gern gewinnbringend an die ansässige Gemeinde oder den Landkreis verkloppen möchte, ist hierzulande gut beraten, sich mit einem regional bekannten Neonazi vor eben jenem Objekt abzulichten und öffentlichkeitswirksam den Verkauf an jenen Nazi zu behaupten. Keine Gemeinde möchte zu Ballstädt, Kirchheim oder Kloster Veßra werden. In Schleusingen kamen so in den vergangenen Jahren zwei Schrottimmobilen unter den Hammer und in Crawinkel schaffte es die Gemeinde gerade noch so der Nazi-Initiative „Hausgemeinschaft Jonastal“ die Kneipe wieder abzukaufen. In Geschwenda versuchte ein Immobilienbesitzer nun selbiges. Er ließ sich am 27. August 2016 mit Tommy Frenck, den Verkauf behauptend, vor dem zerfallenden Gebäude ablichten. Vermittelt hatten den möglichen Coup Neonazis aus Langewiesen um Anne Achermann, Benjamin Hornschuh und Thomas Lohn, in dessen Garten am selben Abend ein Liederabend stattfand. Geklappt hat es letztlich



Eindrücke aus dem rassistischen Straflager in Meiningen (Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen)

nicht. Die Immobilie wechselte weder seinen Eigentümer in Richtung Tommy Frenck noch zur Gemeinde. Dumm gelaufen – vielleicht ist die Masche nun doch zu durchschaubar geworden.



Tommy Frenck (weißes Hemd) und der Immobilieneigentümer (olive Ganzkörperkutte) posieren mit Langenwiesener Neonazis vorm angeblich verkauften Gebäude

Rassistische Angriffe auf Flüchtlinge in Meiningen

DIE ANGRIFFE VON BESORGTEN BÜRGERN (=Rassisten) auf Geflüchtete in Meiningen häuften sich. Einer unter vielen traurigen Höhepunkten war ein missglückter Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Jerusalem in der Nacht auf den 1. September 2016. Dass dabei niemand verletzt wurde, ist der Unfähigkeit der Angreifer zu verdanken, deren Molotov-Cocktail das Heim nicht traf und auf einer Wiese ausbrannte. Auch im Frühjahr und Sommer des Jahres attackierten Neonazis immer wieder Flüchtlinge im Meininger Stadtgebiet. In der Nacht auf den 9. Juni etwa attackierten mehrere mitunter stark alkoholisierte Neonazis die Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft in Meiningen. Im Nachgang ermittelte die Polizei nicht gegen die Nazis, sondern gegen einen Flüchtling, der sich verteidigt hatte.

Naziladen und Besitzer in Meiningen angegriffen

IN MEININGEN ORGANISIERT sich mit „Wir lieben Meiningen“¹ eine Naziinitiative, die im Rahmen der Rassismuswelle ab Anfang des Jahres 2015 entstanden ist und in der sich Nazis das Mäntelchen einer heimatverbundenen Gemeinschaft der Wächter des Blut-und-Boden-Prinzips umlegen.

Diese Initiative nutzt als Veranstaltungsort die „Gartenkneipe Waldfrieden“, die Kneipe einer Kleingartenanlage in der Landsberger Straße. Der Besitzer jenes Gasthauses wurde am 10. August von Unbekannten zusammengeschlagen. Einen knappen Monat darauf verübten Unbekannte einen Angriff mit Buttersäure auf die Nazikneipe. Außerdem wurde die Fassade kreativ umgestaltet. Der Angriff fand im Vorfeld eines „patriotischen Liederabends“ von „Wir lieben Meiningen“ statt. Der Liederabend fand in der notdürftig gesäuber-ten und sicher wohl riechenden Umgebung trotzdem statt. Ca. 30 Neonazis nahmen daran teil.



THÜGIDA geht die Puste aus

NACHDEM DEM NAZINETZWERK THÜGIDA im Jahr 2015 eine beachtliche Anzahl an Aufmärschen mit regelmäßig mehreren hundert Teilnehmern in Südthüringen gelang, scheint den Nazis um den Greizer NPD-Stadtrat David Köckert nach und nach die Puste auszugehen. Im Jahr 2016 gibt es in Südthüringen lediglich einen Aufmarsch zu vermelden. Am 29. September demonstrierten sage und schreibe sechs Nazis in Ilmenau. Gegen den kurzfristig anberaumten Aufmarsch demonstrierten ca. 100 Menschen.

Frank Schwerdt in Walballa

AM 22. OKTOBER 2016 VERSTARB der langjährige Landesvorsitzende der Thüringer NPD im Alter von 72 Jahren. Schwerdt war langjähriges Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, führte von 2001 bis 2012 den Thüringer Landesverband und war anschließend Ehrenvorsitzender. Da ein dummes lateinisches Sprichwort besagt, über die Toten sei nur Gutes zu verbreiten und es ein Paragraph im Strafgesetzbuch ganz ähnlich hält (§189 StGB), hier die beste Eigenschaft des Mannes: Er war Säufer. Rest in hell!

¹ Mehr über die Initiative unter: <http://bit.ly/2e0Fif6>

HILDBURGHAUSEN: EIN DRAMA IN DREI AKTEN

KNAPP 11.800 MENSCHEN BEWOHNEN DIE KLEINSTADT am südlichen Ende von Thüringen. Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2014 wählten bereits 14,7 % die AfD und 5,4 % die NPD. Ein Wahlergebnis, das in Südthüringen im guten Durchschnitt für rassistische und neonazistische Parteien liegt. Überdurchschnittlich hoch sind dagegen die Aktivitäten von Neonazis in der Region fernab von Parteien und Wahlkampf. In den vergangenen Ausgaben der Alerta Südthüringen wurde bereits mehrmals thematisiert, dass die Region um Hildburghausen eine Wohlfühlzone für Neonazis ist. Doch in den folgenden Ausführungen soll es, zur Abwechslung für die von Recherchetexten über Tommy Frenck gelangweilte Leserschaft, mal nicht um Naziveranstaltung XY gehen. In dieser Ausgabe geht es, und das ist keinesfalls weniger unerfreulich, um den Umgang mit einer braunen Wohlfühlzone, die ihren bislang größten Erfolg im Mai dieses Jahres hatte, als knapp 3.500 Neonazis eine „No-Go-Area“ ausrufen konnten.

Erster Akt: Kirche, Staat und Lokalpolitik

IN ANDEREN THÜRINGER STÄDTEN ist es ein wahrhafter Arbeitsmarkt geworden, sich bei „Bündnis gegen Rechts“-Treffen Überstunden bei seinem Arbeitgeber, der Gewerkschaft oder auch dem Landesjugendring abrechnen zu lassen. In Städten wie Weimar oder Jena erhebt sich ein ganzer Schwarm aufgeregter Demokraten wenn die Nachricht von einer Demonstrationsanmeldung im BgR einschlägt, wie ein Stockschlag auf ein Bienennest. Schnell wird dazu aufgerufen eine ganze Stadt möge sich quer stellen, der zivile Ungehorsam wird selbst von biedereren Lokalpolitikern eingefordert und danach kann sich die Stadt als weltoffen, tolerant und bunt bezeichnen. Doch, es geht noch schlimmer, in Hildburghausen gibt es nicht einmal diese Zivilgesellschaft, oder zumindest ist sie noch bornierter als in anderen Städten und Regionen in Thüringen. Während sich tausende Neonazis in Hildburghausen treffen, flüchtet sich die Hildburghäuser Bevölkerung, zumindest die Teile, die nicht heimlich mit Frenck und Co. sympathisieren oder halbtot hinter dem Fernseher eingeschlafen sind, lieber zum Friedensgebet in die Kirche. Dort wo der Pfarrer seinen Schäfchen etwas von einer heilen Welt und dem Frieden erzählt, so lange man auch nur fest genug daran glaube, lässt es sich wohl immer noch am besten verdrängen, wenn unweit einer Unterkunft für Geflüchtete tausende Neonazis beim Saufen durch rassistische Hetze aufgestachelt werden. Bis auf ein Musikfest auf dem Museumsgelände in Kloster Veßra, unter dem sicherlich unbewusst gewählten zynischen Motto „Südthüringen klingt bunt“, ist das lokale Bürgerbündnis kein wahrzunehmender Akteur.

Die meisten Aktionen der Zivilgesellschaft gingen in der Vergangenheit von den umliegenden Bürgerbündnissen aus, allen voran dem Bürgerbündnis um Suhl und dem „Solibri – Solidarität brings“, einem Zusammenschluss aus diversen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Südthüringen. Ein Jahr zuvor wurde von dieser Stelle aus eine Demonstration gegen das Neonazifestival organisiert, die mit 70 Teilnehmern eher eine willkommene Gelegenheit für die Nazis war, um belustigt zu gaffen. Zumindest konnte das Bündnis es schaffen, dem MDR einen Bericht über das Nazispektakel in der Region abzurufen und so etwas mehr Öffentlichkeit schaffen. Dieses Jahr gelang das nur mäßig. Ein Grund dafür war wohl die Konzentration auf eine Gegenveranstaltung eine Woche später mit einem Open-Air, was mit großzügig geschätzten 350 Teilnehmern in Hildburghausen verloren wirkte. Dennoch bekam das zivilgesellschaftliche Bündnis einmal mehr das zu spüren, was seit Jahren schon antifaschistische Bestrebungen in der Region im Keim erstickt. Die Stadtverwaltung, allen voran Oberbürgermeister Holger Obst, hatte nicht nur die Naziveranstaltung mit lächerlichen Auflagen belegt. Während die Nazis zwar Essen und ab 20 Uhr Alkohol, jedoch keine alkoholfreien Getränke ausschenken durften, sollte das Open Air der Zivilgesellschaft vollkommen ohne Getränke und Essen auskommen. Des Weiteren weigerte sich Holger Obst Strom- und Wasseranschluss zur Verfügung zu stellen. Was Obst sich dabei im Geheimen gedacht, oder eben nicht gedacht hat, bleiben nur Mutmaßungen. Jedoch spricht die Politik der letzten Jahre in Hildburghausen eine deutliche Sprache. Es soll so lange alles unter den

Teppich gekehrt werden, bis niemand mehr darüber spricht. Eine größere Aufmerksamkeit in den Medien würde dabei dem Ansehen der Stadt nur weiter schaden. So lange es dabei bleibt, dass einmal im Jahr tausende Neonazis öffentlich eine „No-Go-Area“ ausrufen, bleibt alles unter dem Deckel der Lokalpolitik. Schließlich muss man, wenn man die unzähligen kleineren Aktionen der Neonazis in der Kreisstadt einfach ausblendet, nur an diesem einen Wochenende um seinen Ruf fürchten. Das lässt sich für Holger Obst und die Lokalpolitik scheinbar gut aushalten.

Zweiter Akt: Der Feind steht links

NICHT NUR HOLGER OBST VERORTET die größte Gefahr bei „Linksextremen“, die beim Open Air von Solibri auflaufen könnten – was wohl ein Grund für die Schikanen seitens der Stadt war –, sondern auch die Landesregierung scheint lieber gegen die zu wettern, die sich erdreisten, ihre Politik aus linksradikaler Perspektive zu kritisieren. Während wenige Tage zuvor Bodo Ramelow, zwischen wutentbrannt und angetrunken, seinem Groll auf Antideutsche, die sich eine Demonstration in einem rechten Bums-kaff in Nordthüringen erdreisteten, freien Lauf ließ¹, wurden die Konten von Frenc und Schröder mit massig Geld aus dem Vorverkauf gespült, so dass die nächste Investition der Neonaziszene bereits geplant werden kann. Während also der ‚Landesvater von Thüringen‘ mit jeder weiteren leeren Rotweinflasche AfD-Landeschef Björn Höcke zur Seite sprang, liefen in Bornhagen die Vorbereitungen zu Polizeifestspielen gegen eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Straight to hell! Weg mit den braunen Zonen! Weg mit der AfD!“². Zum Vergleich: rund 400 Beamte mit Reiterstaffeln und schwerem Gerät rückten aufgrund von ca. 300 Antifaschisten in ein Thüringer Dorf ein, dessen Umfang zwei bis drei Straßenkreuzungen beträgt. In Hildburghausen kamen rund 3.500 Neonazis zusammen, tran-

ken Alkohol und lauschten der Hetze von diversen Rednern und Bands. Dort waren laut Presse knapp 350 Polizisten im Einsatz. Vom Räumpanzer, dem Wasserwerfer, dem Hubschraubereinsatz, der Reiter- und Hundestaffel, die allesamt in das Nordthüringer Drecksnest gekarrt wurden, fehlte in Hildburghausen jede Spur. Selbst die akribischen Vorkontrollen von BFE und Bereitschaftspolizei gegen anreisende Antifas in Bornhagen, hatten die Nazis nicht zu befürchten. Eine Hand voll freundlicher Streifenpolizisten half den Neonazis beim Einweisen der Parkplätze. Während Presse und Ministerpräsident einen Sturm der Entrüstung gegen ‚die Antideutschen‘ lostraten, verkümmerten die Meldungen über das Neonazifestival in der medialen Bedeutungslosigkeit. Selbst wenn Ramelow beim Anstoßen auf Björn Höcke in seinem Weinkeller noch betrunken gewesen wäre, er hätte wohl auch dann kein Wort zu Hildburghausen verloren. Wie im Großteil des politischen Alltagsgeschäftes unterscheidet sich die jetzige Landesregierung kaum von der vorherigen CDU-Regierung. Der eigentliche Feind steht immer noch links.

Dritter Akt: Die Jugend steht links und andere Märchen

WÄHREND LANDESREGIERUNG UND POLIZEI gemeinsam einigen hundert Antifaschisten ins Dorf folgten, sowie mit der Lokalpolitik den gemeinsamen Feind ausgemacht hatten, betrat schließlich noch ein anderer Akteur die Bühne in der Tragödie Hildburghausen. Die Jugendorganisation einer autoritär „stalinistischen, stramm antizionistischen und nationalsozialistischen“² Kleinstpartei kündigte sich zum Schaulaufen an. Der Grund, warum gerade diese Gruppierung Südthüringen mitsamt einer Unterstützerliste unbekannter Kader-Stalinisten aus dem Ruhrpott heimsuchte, liegt wohl daran, dass die Region eine regelrechte Fundgrube für billige Immobilien ist. Dadurch nämlich konnte sich

¹ Ein lesenswerter Text von Ox. Y. Moron zu Bodo Ramelows Querfront gegen die Antifa findet sich in der Ausgabe # 13 der Erfurter Zeitschrift Lirabelle: <http://lirabelle.blogspot.eu/2016/08/08/querfront-gegen-die-antifa/>

² Treffender als das Bündnis gegen Antisemitismus aus Kassel hätte die Beschreibung der MLPD nicht auf den Punkt gebracht werden können. Nachzulesen unter: <http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/100612bga-kassel.html>

der beschriebene Verband in Truckenthal, fernab von Fortschritt und Zivilisation, ein Domizil einrichten.

Für den Tag des Nazifestivals rief der Verband zu einer Demonstration auf und forderte, in autoritärer und pseudokommunistischer Manier, ein Verbot der Veranstaltung und der faschistischen Organisationen. Die Demonstration fand einige Stunden vor dem Neonazifestival statt und zog mit rund 150 Teilnehmern, die meisten abgeordnet vom Festival der MLPD-Jugend in Truckenthal, durch Hildburghausen. Der Großteil der Nazis war zu diesem Zeitpunkt mit dem Aufbau beschäftigt oder verbrachte die Zeit auf der Autobahn in Richtung Hildburghausen. Jedoch noch lange kein Grund, warum sich die Organisatoren der Demonstration nicht als Märtyrer feiern lassen konnten. Hinzukommend erlogen sich die Veranstalter die Welt so, wie sie ihnen gefällt. In Hildburghausen stehe die Jugend, laut Aussage der Verfasser eines durchaus amüsanten Flyers der Stalinisten, „links“. Wer sich schon einmal als Punk oder Antifaschist auf Südthüringer Stadtfesten oder Kirmesveranstaltungen bewegt hat, weiß dass sich „die linke Jugend“ an einer Hand abzählen lässt.

Am Ende blieb es bei einer Demonstration, die dazu diente, sich selbst im Nachgang als davongekommene Märtyrer in der faschistischen No-Go-Area zu feiern und gegen jene zu hetzen, die man als ‚böse Antideutsche‘ ansieht, aufgrund einer Reisewarnung und der realistischen Einschätzung des Gefahrenpotenzials an diesem Tag. Denn für den Tag selbst riefen die Antifaschistischen Gruppen Südthüringen dazu auf, den Landkreis Hildburghausen zu meiden oder zeitweise zu verlassen. Denn weder die eigenen Strukturen noch der Staat konnten Flüchtlinge, Antifaschisten und Migranten Schutz garantieren. Aufgrund der hunderten betrunkenen Neonazis in der Innenstadt, den umliegenden Dörfern, Autobahnraststätten usw. war das eine gute Entscheidung, genau so, wie davon abzuraten an der Demonstration einer stalinistischen Sekte teilzunehmen. Denn eine ernstzunehmende Präsenz antifaschistischer Strukturen in Hildburghausen am Tag selbst, sowie an den anderen 364 Tagen im Jahr, gab es nicht. Kein Neonazi

wurde vom Festival abgehalten, kein Lokalpolitiker fühlte sich unter Druck gesetzt, gegen die Naziveranstaltung vorzugehen. Auch wenn man in der Meldung aus Truckenthal zum ZK in den Ruhrpott gerne ein anderes Bild gezeichnet hätte.

Ausblick

BIS ZUM ENDE DES JAHRES LAUFEN im nahe gelegenen Kloster Veßra diverse Neonazikonzerte u.a. mit Bands wie Kategorie C. Wie schon in Hildburghausen können sich die Nazis auf einen reibungslosen Ablauf freuen. Für 2017 haben die Nazis bereits angekündigt, wieder ein Neonazifestival in Hildburghausen zu organisieren. Vielleicht werden sie dabei die Teilnehmerzahl von 3.500 Neonazis überschreiten. Der Landkreis wird erneut zu einer „No-Go-Area“ für Antifaschisten, Flüchtlinge und alle, die den Nazis nicht passen. Um diesem Treiben beizukommen, braucht es mehr als ein Gebet, den Ruf nach einem starken Staat oder der Selbstprofilierung einiger Dorfstalinisten. Vielmehr bedarf es einer Aufarbeitung der skandalösen Verhältnisse in der Lokalpolitik, die seit Jahren diese faschistische No-Go-Area in Hildburghausen ermöglicht. Eine Aufgabe, an der die Thüringer Zivilgesellschaft bislang gradios gescheitert ist. Weiterhin dürfen die wenigen Antifaschisten in der Region nicht alleine auf sich gestellt werden, d.h. auch die Unterstützung fernab von Neonazievents, in der Hoffnung, dass eine emanzipatorische antifaschistische Aufklärung wenigstens bei einigen wenigen Menschen in der Region ankommt. Dieser Vorgang kostet Zeit und Nerven und ist in einer Region, aus der man lieber schnellstmöglich wegzieht, kaum zu machen.

Bleibt für das kommende Jahr nur festzuhalten, nach Möglichkeiten der antifaschistischen Strukturen vor Ort, eine größere Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen um über eine Skandalisierung der Zustände öffentlichen Druck auszuüben. Einen Erfolg, dass Nazifest zu verhindern, ist dadurch jedoch nicht zu erwarten. Für den Tag des Festivals selbst gilt es, die eigenen Strukturen und die potenziell Betroffenen von Neonaziangriffen zu schützen. Denn auf Polizei und andere wird auch weiterhin kein Verlass sein.

EINER DER BELIEBTESTEN MODI, IM ZUGE DESSEN IM POSTNAZISTISCHEN DEUTSCHLAND ein positiver Bezug auf die deutsche Nation nicht durch Leugnung der Vergangenheit, sondern durch verkehrende Darstellung dieser wieder möglich ist, ist dem Erinnerungsweltmeister die Stilisierung einstiger Täter zu Opfern. Im Interesse einer solchen Verkehrung kann eine Schuldabgeltung geltend gemacht werden, indem man die Tatsache, Leid über andere gebracht zu haben zwar nicht negiert, aber relativiert durch den Verweis darauf, dass man ja mindestens ebenso gelitten habe. In der südthüringischen Kleinstadt Suhl will man dieses Opfer-Sein nun sprichwörtlich in Stein meißeln. Den acht als unschuldige Opfer des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 im ehemaligen KZ Buchenwald bezeichneten Suhlern soll eine Gedenktafel gewidmet werden.

Stadtratsbeschluss zur Gedenktafel

IM JUNI DIESES JAHRES VERABSCHIEDETE der Suhler Stadtrat einen Beschluss zur Errichtung einer Gedenktafel auf dem Suhler Hauptfriedhof zur Erinnerung an acht Suhler, die im sowjetischen Speziallager Nr. 2 inhaftiert waren. Jenes Speziallager nutzte die sowjetische Militäradministration von 1945 bis 1950 zur Inhaftierung deutscher Täter. Angehörige damaliger Inhaftierter des Speziallagers regten nun in Suhl zur Errichtung einer Gedenktafel an. Einen entsprechenden Antrag brachte der Suhler Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport in den Stadtrat ein. Dieser wurde mit drei Enthaltungen und keinerlei Gegenstimmen angenommen. Die Stadt, so berichtet die Lokalzeitung, habe selbst Forschungen angestellt und sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass „Unschuldige“ dort inhaftiert

und gestorben sind. Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, warf dem Suhler Stadtrat vor, ein Geschichtsbild der 50er Jahre zu vertreten und Geschichtsklitterung zu betreiben, wenn sie von Unschuldigen sprechen. Nach Forschungserkenntnissen der Gedenkstätte sei bei einem großen Teil der Gefangenen nachweislich festzustellen, dass sie „in das System verstrickt gewesen seien“, so Knigge. Dass es dem Suhler Stadtrat um mehr als die acht Suhler geht, wird nicht nur daran deutlich, dass sie bei ihren „Recherchen“ nicht zu Tage förderten, welche Rolle diese acht Leute während des Nationalsozialismus spielten. Laut Knigge waren sechs von ihnen ehemalige Block- und Zellenleiter und zwei Polizisten. Vielmehr soll über jene Tafel einem Gedenken der Weg geebnet werden, welches bereits im Jahr 2015 bei einer Gedenkveranstaltung in Suhl zu Tage trat.



Gedenkort für die deutschen Vernichtungstruppen auf dem Suhler Friedhof

Am 8. Mai genannten Jahres richtete der parteilose Oberbürgermeister Jens Triebel bei einer Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer beider Weltkriege anlässlich des 70. Jahrestag der Befreiung Europas vom nationalsozialistischen Deutschland in seiner Eröffnungsrede dem geschichtsrevisionistischen „Bund der Vertriebenen“ Grußworte aus. Wer hier als „Opfer“ begriffen wurde, zeigte sich im Weiteren, als den Toten der Bombardierung Suhls vom 26. März 1945 gedacht wurde. Man ließ es sich außerdem nicht nehmen, zwölf auf dem Hauptfriedhof begrabene Wehrmachtsoldaten in die Gedenkveranstaltung mit einzubeziehen. Peter Arfmann, Leiter des Suhler Waffenmuseums, hielt eine Rede, die vor Relativierung der deutschen Verbrechen nur so strotzte. Er plädierte für ein Gedenken an die deutschen Wehrmachtsoldaten, die er als „Opfer“ inszenierte, während gleichzeitig bei dem Rundgang zu verschiedenen Gedenkortern auch den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und Suhler Widerstandskämpfern gedacht wurde. Das Geschichtsbild, welches augenscheinlich in der Suhler Gedenk- und Erinnerungspolitik vertreten wird – so wird es hier exemplarisch deutlich – ist geprägt von der Verharmlosung des Nationalsozialismus, der Gleichsetzung von Opfern und Tätern sowie einer Dämonisierung der Alliierten.

Inscript der Tafel

FOLGENDE INSCRIPT IST FÜR DIE GEDENKTAFEL vorgesehen: „Die Stadt Suhl gedenkt der Bürger ihrer Stadt, die im sowjetischen Speziallager Nr. 2 Buchenwald und in anderen Lagern der Alliierten unschuldig gelitten haben oder zu Tode gekommen sind“. Darin stecken gleich zwei Formen deutscher Vergangenheitsbewältigung. Das Bild als Opfer des Krieges, als das die Täter und ihre Nachkommen sich am liebsten sehen, hat in Deutschland lange Tradition. Denn – so war nicht selten die Auffassung in Deutschland kurz nach dem Zweiten Weltkrieg – angesichts des recht milden Umgangs der Alliierten mit den Deutschen, war die Schlussfolgerung letzterer, dass „der Nationalsozialismus Verbrechen und Strafe zugleich gewesen sei. Waren die Deutschen Täter, so waren sie doch gleichermaßen Opfer“ (Eike Geisel). In den 80er Jahren wurde das Bild der Täter als Opfer und der Freispruch der Deutschen von dieser „Schmach“ der Geschichte manifest, als nach der sogenannten Bitburg-Kontroverse¹, das

¹ Am 5. Mai 1985 legte der damalige Bundeskanzler Kohl anlässlich einer Gedenkveranstaltung in Anwesenheit des damaligen US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan einen Kranz auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg nieder, auf dem neben Gräbern von deut-

Anzeige

VOLKSTRAUERTAG ABSCHAFFEN

KAMPAGNE GEGEN NS-VERHARMLOSUNG, NAZIAUFMÄRSCHE UND DEUTSCHE OPFERMYTHEN | SINCE 2009



DEUTSCHER AHNE

Finwührung: Triumph des guten Willens

31.10. - Arnstadt - PZO

03.11. - Gotha - Juweil

07.11. - Jena - Otl. - Teread-7

DEUTSCHLAND DENKEN WOLLE AUSWIRKUNG SEINEN

AMT BLANDSCHNEIDER UNIVERSITÄTSTRAßE

Vortrag zur Kritik deutscher Gedenkpölitik:

20.10. Suhl - Grünes Haus

03.11. Erfurt - Veto

Kundgebung gegen den Naziaufmarsch:

13.11. - Friedhofstraße

nähere Infos folgen

VOLKSTRAUERTAG ABSCHAFFEN

GEGEN NS-VERHARMLOSUNG NAZIAUFMÄRSCH DEUTSCHE OPFERMYTHEN

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Mitschnittvideo: Erfurt 12.9.19 | Start: 18.00 Uhr Bahnhofsvorplatz

WWW.VOLKSTRAUERTAG-ABSCHAFFEN.TK

Bild der Deutschen nach außen sich in eines von „Hinterbliebenen und Kriegsgesopfen“ wandelte. In eine ähnliche Kerbe schlägt der Sühler Vorschlag der Errichtung einer Gedenktafel. Hinzukommt die Dämonisierung der Alliierten, deren Umgang mit den Deutschen moralisch verwerflich gewesen sei. Es ist ein Versuch der Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen unter dem Vorzeichen der Aufarbeitung der „Greuel“, die die Alliierten den Deutschen angetan hätten. Die in Wahrheit glimpflich davon gekommenen Deutschen und ihre Nachkommen konstruieren hier ein Geschichtsbild, was das Handeln der Alliierten implizit mit dem der Nazis gleichsetzt.

Der Verweis der Sühler Geschichtsverfälscher auf die vermeintlich Unschuldigen versucht sich außerdem in einer Abgrenzung zu den wirklich Schuldigen – wer auch immer das noch sein mag –, mit denen man nichts zu tun haben möchte. Knigge spricht hier also nicht unbegründet von Geschichtsklitterung, da die Rede von „Unschuldigen“ aufgrund der Tatsache, dass der Großteil der Internierten nachgewiesenermaßen schuldig war, einer Geschichtsvergessenheit Vorschub leiste. Es stellt sich ohnehin die Frage, inwiefern von unschuldigen Deutschen im Nationalsozialismus die Rede sein kann. Ein Großteil der Bevölkerung befürwortete die deutsche Vernichtungspolitik, wenn sie sie nicht sogar aktiv unterstützte. Nicht vereinzelte Gruppen oder gar „Hitlers Clique“ haben die Shoah und den Vernichtungskrieg möglich gemacht, sondern waren es die Deutschen als Volksgemeinschaft. Die Rede vom ‚guten Deutschen‘ respektive den ‚unschuldigen Deutschen‘ dient der Wiederbelebung eines Nationalbewusstseins, welches nach dem Zweiten Weltkrieg in Misskredit kam, sowie dem Abstreifen jedweder Schuld. Die Stadt Suhl und ihr Stadtrat beteiligt sich rege an dieser Entwicklung.

Aktuelle Entwicklungen

WIE DIE LOKALPOSTILLE „INSÜDTHÜRINGEN“ am 15. September 2016 berichtete, fand am Wochenende vom 16.-18. September eine Zeitzeugenveranstaltung mit ehemals Inhaftierten des sowjetischen Speziallagers statt. So heißt es: „Am

schen Wehrmachtsangehörigen, sowie alliierten Soldaten auch Angehörige der Waffen-SS bestattet sind.

Wochenende werden die Greuel zwischen 1945 und 1950 auch am Ort des Geschehens erlebbar, wenn Zeitzeugen berichten“. Die Inhaftierungen von NS-Tätern als „Greuel“ zu bezeichnen, ist bestenfalls zynisch, gäbe es nicht die Überschrift des Artikels („Erinnerung an das Sowjet-KZ“), die den Autor und seine Redaktion als lupenreine Geschichtsrevisionisten bloßstellen. Mitnichten war das Speziallager ein Konzentrationslager. Das Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald wurde nach der Befreiung der Überlebenden „zur Internierung von Deutschen genutzt“, informiert die Internetseite der Gedenkstätte Buchenwald. Weiter heißt es: „Vorrangig wurden dort lokale Funktionsträger der NSDAP, aber auch Jugendliche und Denunzierte interniert“. Die Inhaftierung deutscher Täter in den Kontext von Vernichtung und Auslöschung zu stellen, ist Geschichtsfälschung.

Wann die Gedenktafel gesetzt werden soll, ist noch unklar. Auch ist noch offen, wer diese Tafel finanzieren soll, wahrscheinlich aber wird dies über Spenden erfolgen. Gewiss kann sein, dass dieses Geschichtsbild von antifaschistischer Seite aus nicht unwidersprochen bleiben kann, denn: Deutsche Täter sind keine Opfer!

Anzeige

Mitglied werden & unterstützen!



VVN-BdA

Thüringen

<http://thueringen.vvn-bda.de>

IM SOMMER DES JAHRES 2016 VERTEILTEN ANTIFASCHISTEN IM SUHLER STADTTEIL NORD mehrere hundert Flyer, sprühten Gedenkgraffiti und verklebten Plakate. Anlass dafür war der Jahrestag des Mordes an Klaus-Peter Kühn durch Neonazis am 16. Juni 2012. Die Antifas waren die einzigen, die der Ermordung des Mannes gedachten. Im Gedenken der Stadt Suhl hat Klaus-Peter Kühn keinen Platz. Er war keine Identifikationsfigur, mit der sich die Stadtgesellschaft rühmt, sondern bloß ein stadtbekannter Trinker, eine gescheiterte Existenz. Wenn solche Menschen sterben, gibt es keinen Aufschrei, keine Demonstrationen und kein Gedenken. Aus Gründen, die die Autoren im hier dokumentierten und überarbeiteten Flyer zu benennen wussten.

4. Jahrestag der Ermordung von Klaus-Peter Kühn am 16. Juni in Suhl-Nord

ZUM NUNMEHR VIERTEN MAL JÄHRT SICH am 16. Juni der Jahrestag des brutalen Foltermordes im Plattenbaugebiet Suhl-Nord. An den Vorfall kann sich sicher noch der eine oder die andere erinnern, an das Opfer aber sicher kaum jemand. Denn getroffen hat es vor vier Jahren einen, der in der Suhler Bevölkerung als „Asozialer“ betitelt wurde, jemanden der noch weiter unten in der gesellschaftlichen Hackordnung stand, als die Wendeverlierer in der Suhler Platte. Die Mörder und Peiniger waren drei junge Männer im Alter von 18 – 23 Jahren. Alle drei waren Neonazis. Als Motiv für die grausame Tat sah die Staatsanwaltschaft in Meiningen die Habgier der jungen Männer, da sie von ihrem Opfer Geld verlangten. Den Widerspruch, von einem sozial ausgegrenzten und in Armut lebenden Mann Geld zu verlangen und ihn nur deshalb brutal hinzumeucheln, wurde nicht erkannt. Um das wahre Motiv

für die Tat zu verstehen, bedarf es mehr als nur des Blickes auf die geäußerten Forderungen der drei Täter an ihr mittelloses Opfer. Nämlich der Analyse gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen, die wirksam wurden, als sich die drei Täter in ihren gescheiterten Existenzen an der Demütigung und Folter ihres Opfers aufrichteten.

Der Tatablauf – Mord und Folter

AN JENEM 16. JUNI LAUERTEN die drei Neonazis ihrem Opfer vor dessen Wohnung in Suhl-Nord auf. Sie forderten Geld von dem Mann, dessen Haupteinnahmequelle im Sammeln von Pfandflaschen bestand. Er gab ihnen zwei Euro, die er in der Tasche trug. Die Täter forderten mehr. Als der damals 59-jährige Mann versicherte, dass er nicht mehr Geld besitze, begannen die drei Männer auf ihn einzuschlagen und drangen in die Wohnung ihres Opfers ein. Sie durchsuchten die Wohnung und wurden in einem der Schränke fündig. Nachdem sie dem Mann nun



Gedenkgraffiti für den von Neonazis ermordeten Klaus-Peter Kühn

auch die letzten 25 Euro entwendeten, zerstörten sie die Wohnungseinrichtung und prügelten mit diversen Gegenständen auf den wehrlosen Mann ein. Sie ließen ihn daraufhin schwerverletzt liegen und verließen die Wohnung, kehrten aber kurze Zeit später wieder zurück. Dass ihr Opfer stark blutend auf dem Sofa lag und sich in einem kritischen Zustand befand, interessierte die Täter nicht. Erneut prügelten sie auf ihn ein, bis er sich nicht mehr regte. Um zu testen, ob er noch lebte, urinierte einer der Täter auf den Kopf des Opfers, ein anderer steckte ihm einen Zigarettenstummel in die Nase und der dritte Täter warf den Fernseher auf den Kopf des Opfers. Als sie nach Stunden der Folter von ihm abließen, war er noch am Leben. Da er hilflos und allein in der Wohnung zurückblieb, verstarb er an seinen schweren Verletzungen. Erst einige Tage später, als sich ein zuständiger Sozialarbeiter über das plötzliche Verschwinden des Mannes wunderte, wurde seine Leiche in der verwüsteten Wohnung gefunden. Eine Woche nach dem Mord wurden die Täter von der Polizei verhaftet. Vor Gericht äußerte sich einer der Angeklagten, dass sie bei der Tat gelacht und sich belustigt gefühlt haben. Der Name des Opfers war ihnen auch während des Prozesses nicht geläufig und auch nicht wichtig. Auf die Frage, ob sie Mitleid empfinden, kam die trockene Antwort: „Eigentlich nicht.“

Gesellschaftliche Überflüssigkeit und Konkurrenz

DIE DREI TÄTER STANDEN WIE IHR OPFER selbst nah am sozialen Abgrund der Gesellschaft. Ihre Ausbildungen hatten sie abgebrochen und ihre Lebensverhältnisse waren ärmlich. Da sie selbst gesellschaftlich abgehängt waren, bedienten sie sich psychischer Mechanismen, die es erlauben, das Selbst durch Abwertung anderer aufzuwerten, die eigene Überflüssigkeit für das gesellschaftliche (Re-)Produktionsverhältnis zu leugnen und gleichsam diejenigen vom gewünschten, wertstiftenden Kollektiv abzuspalten und zu bekämpfen, denen es noch schlechter ging als ihnen selbst: Flüchtlinge, Migranten oder eben „Asoziale“. Durch diese Abgrenzung macht der Einzelne seine Angst vor dem eigenen gesellschaftlichen Abstieg, der potentiellen

Überflüssigkeit jedes Einzelnen und dem Versagen im Konkurrenzkampf auf dem Warenmarkt beherrschbar. Das Opfer wurde dabei von den Tätern als Konkurrent um die künstlich verknappten Zugänge um gesellschaftliche Teilhabe betrachtet, wobei in Zeiten von gekürzten Sozialleistungen und –absicherungen der Druck weiter steigt und sich die einzelnen Akteure in einem noch schärferen Konkurrenzkampf um die Sicherung ihres Daseins befinden. Durch die Abgrenzung von den vermeintlich minderwertigeren Konkurrenten, wie beim Rassismus übrigens auch in Abgrenzung zu Flüchtlingen oder Migranten, schützt sich das bürgerliche Subjekt selbst vor der Einsicht in die eigene Austauschbarkeit und Überflüssigkeit für das herrschende Produktionsverhältnis, lediglich eine ersetzbare Ware auf dem Arbeitsmarkt zu sein, die nicht als Mensch gilt, sondern als Mittel der Produktion. Aufgrund dieser Abgrenzung entgeht das Subjekt der Erkenntnis, dass sich die eigene aufgebaute Identität als „freies Individuum“, durch in dieser Gesellschaftsordnung nicht auflösbare Widersprüche konstituiert. Im Fall des Mordes 2012 in Suhl zeigte sich, dass sich die drei Täter an der Gewalt gegen ihr Opfer aufbauten. Sie waren belustigt und hatten jegliche Empathie für den Mann verloren. Durch den Akt der brutalen und erniedrigenden Gewalt gegen den „Asozialen“ und „Rangniederer“ wirkten sie unbewusst dem Gefühl der Ohnmacht und der eigenen Bedeutungslosigkeit innerhalb dieser Gesellschaft entgegen. Im Akt der absoluten Gewalt über ihr Opfer waren sie fähig, die eigene Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Für einen Zeitraum von ein paar Stunden, den die Täter mit ihrer Rückkehr zum Opfer wiederholt auskosten wollten, erlangten sie das Gefühl wieder, in dieser Situation handelndes Subjekt zu sein und nicht wie sonst, Objekt, über das hinweg verhandelt wird und je nach Nutzen und Gebrauchswert zur Verfügung stehen muss oder gesellschaftlich abgeschrieben ist. Die drei Täter von Suhl-Nord haben sich entschieden, der Menschenverachtung freien Lauf zu lassen. Sie haben sich dazu bekannt, Neonazis zu sein, die gegen jene mit Gewalt vorgehen, die sich den Verhältnissen ergeben haben, wie es ihr Opfer tat. Den Versuch, sich nicht von den bestehenden Verhältnissen und der eigenen Ohn-

macht dumm machen zu lassen, haben die drei bewusst verworfen und sich gegen Aufklärung und Emanzipation entschieden.

Die bestehenden Verhältnisse abschaffen!

STATT ZU BEGREIFEN, DASS TÄTER UND OPFER durch die selben unmenschlichen Verhältnisse erst in die Armut und die eigene Ohnmacht gedrängt worden sind und den Kampf gegen die eigene Überflüssigkeit und deren gesellschaftliche Voraussetzung als einen gemeinsamen Kampf gegen das Bestehende zu begreifen, versucht sich das bürgerliche – und damit potentiell faschistische – Subjekt durch Macht- und Gewaltausübung der eigenen Handlungsfähigkeit und des identitären Halts zu versichern. In der Vergangenheit haben die drei Täter, die im Vorfeld wegen mehreren Gewaltdelikten verurteilt wurden, immer wieder versucht, ihr Selbst an der Erniedrigung anderer aufzubauen. Bis zu dem Zeitpunkt, als für diese Befriedigung eine höchst brutale und grausame Tat nötig war, um diesen Effekt zu erreichen. Um so etwas, wie 2012 in Suhl, nicht erneut geschehen zu lassen, ist es notwendig, die Verhältnisse abzuschaffen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Karl Marx) Die Zurichtung durch eben jene Verhältnisse betrifft dabei nicht nur sozial

Ausgestoßene, wie die drei Täter und ihr Opfer. Die Gewalt des Bestehenden, den Menschen als austauschbare Ware zu kategorisieren und das menschliche Sein auf ein funktionales Anhängsel für den Produktionsapparat zu reduzieren, den Einzelnen in den Konkurrenzkampf zu treiben, steht einem wirklich schönen, vernünftigen und solidarischen Leben entgegen. Um den Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu ermöglichen, muss anhand von Ereignissen wie dem Mord vom 16. Juni 2012 umso deutlicher aufgezeigt werden, wie notwendig eine radikale Kritik der Gesellschaft ist. In einem Text der Antifa Arnstadt-Ilmenau aus dem Jahr 2012 heißt es daher folgerichtig: „Antifaschistische Gesellschaftskritik muss darauf zielen, diesen Bruch bei möglichst vielen Einzelnen herbeizuführen, den Kitt bürgerlicher Ideologie zu lockern und so den Bann undurchschauter Vergesellschaftung und ihrer permanenten Gewalt zu lösen. Dieser Gewalt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht beizukommen durch gutes Zureden, durch Reformen, Menschenrechte oder Sozialarbeit, sie muss zerstört werden, mit der Ordnung, die sie zuverlässig hervorbringt. Anders wird die Gesellschaft der Freien und Gleichen, der Kommunismus, nicht zu haben sein.“¹

¹ Vgl. <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=539>



Im Sommer 2016 in Suhl geklebte Gedenkplakate

IM APRIL 2016 STARTETE IM ILM-KREIS ein Modellprojekt zur „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ unter dem Titel: „Mehr wert sein – Mehrwert schaffen“. In diesem Modellprojekt werden 20 Langzeitarbeitslose für 33 Monate in einem Beschäftigungsverhältnis mit einer 30-Stunden-Woche untergebracht. Die Realisierung des Projekts sorgt für allgemeine Begeisterung.

DIE BEWERBER FÜR DIE 20 GESCHAFFENEN Stellen wurden vom Jobcenter ausgewählt, entlohnt werden sie nicht vom Arbeitgeber, sondern zum Anteil von 43% vom Jobcenter, zu einem Drittel vom Freistaat und zu geringem Anteil außerdem vom Landkreis und dem Projektträger, dem Arnstädter Bildungswerk e.V. Für die Vereine und Organisationen, die solche Stellen in Anspruch nehmen – die Tafel, die Lebenshilfe Arnstadt, das Umweltamt des Landkreises, das Frauen-und-Familienzentrum und andere – entstehen so keine Kosten. Anstatt des Arbeitslosengeldes erhalten die 20 im Rahmen dieses Modellprojektes Beschäftigten nun Lohn, der weiterhin zum größten Anteil von den Jobcentern getragen wird. Wie hoch die Entlohnung ist, ist unklar, da es sich hier allerdings nicht um Strafgefangene handelt¹, kann man wohl davon ausgehen, dass sich der Stundenlohn am Mindestlohn orientiert. So ist das monatliche Einkommen ohne Frage höher, als die knapp über 400€ Grundbedarfssicherung, die einem Hartz IV-Empfänger zustehen. Wenn man allerdings berücksichtigt, dass von dem Einkommen auch Miete und Nebenkosten selbst zu zahlen sind, Versicherungs- und andere Abzüge vom Lohn abgehen und die frisch auf den Arbeitsmarkt zurückgekehrten nun auch nicht mehr die Möglichkeit haben, sich Anschaffungen (freilich nicht einfach so, sondern nach Beantragung und Begründung der Notwendigkeit der Anschaffung) vom Jobcenter bezahlen lassen zu können, dürfte unterm Strich nicht viel mehr übrig bleiben, als vorher.

Außer der Tatsache, dass die 20 im Projekt Untergebrachten nun ihren Tag nicht mehr selbst gestalten können, sondern stattdessen auch zu denen gehören, die jeden Morgen vom Wecker aus dem

Bett geklingelt werden und auf Arbeit nach einem Blick auf die Uhr wünschen, die Zeit sei weiter fortgeschritten, als sie es ist, bleibt auf den ersten Blick also alles beim Status quo. Was die Landesfraktion der Linken, die als maßgeblicher Initiator des Projektes gilt, dazu bewogen hat, ein solches Konzept zu entwerfen – außer der auf Wahlplakaten viel beschworenen Drohung von Vollbeschäftigung ein kleines Stück näher zu kommen – bleibt also fraglich.

Mehrwert schaffen?

DER NAME DES MODELLPROJEKTES legt nahe, dass die Antwort auf die Frage der Sinnhaftigkeit in der Generierung von Mehrwert liegt. So kommt die Landrätin des ILM-Kreises Petra Enders (parteilos, ehemals Die Linke) in der Ankündigung des Projekts im Arnstädter Amtsblatt auch zu dem Schluss, dass es sich volkswirtschaftlich um den besseren Weg handle, statt der Arbeitslosigkeit die Arbeit der Menschen zu finanzieren. Warum es staatlicher Eingriffe bedarf diese Arbeitsplätze erst zu schaffen und zu finanzieren verweist dabei auf gegenteiliges, nämlich auf das Fehlen eines Nutzens fürs Kapital, für das eben Mehrwert der Selbstzweck der Produktion ist. Eine Mehrwertproduktion findet hier aber mitnichten statt. So mögen die neuen Kollegen, die fortan im Tierheim, bei der Tafel oder den anderen Organisationen und Vereinen tätig sind, dort eine hilfreiche Unterstützung sein, aber die Produktion von Waren, bei der durch den Anteil lebendiger Arbeit Mehrwert entsteht, findet hier eben nicht statt. Es wird hier nicht einmal indirekt Einfluss auf die Kapitalakkumulation genommen, weil kein Mehr in die Ökonomie durch eine gesteigerte Nachfrage nach Waren fließt, sprich die Kaufkraft der Leute sich nicht erhöht. Das einzige was sich ändert, ist die Arbeitslosenzahl, aber auch das ist nur Augenwischerei.

¹ Strafgefangene verdienen im Schnitt weit unter 2€ die Stunde. Die makabere Begründung, mit der diese Ausnahme vom Mindestlohn gerechtfertigt wird, ist dass zwischen ihnen und dem Arbeitgeber kein Arbeitsvertrag besteht.

Es stellt der höhere Verdienst - wie oben erläutert - keine wirklich nennenswerte Steigerung des materiellen Lebensstandards dar, aber doch eine Verbesserung dahingehend, dass die ehemals Arbeitslosen größere Anschaffungen nicht mehr vor dem Amt rechtfertigen müssen, um diese bezahlt zu bekommen und allgemein ein Stückweit der Hetze und Demütigung der bürokratischen Arbeits- und Armutsverwaltung entkommen können. Da aber das Jobcenter Hauptfinanzier der Maßnahme ist, kann wohl davon ausgegangen werden, dass sich die fortan nicht mehr in der Statistik der Arbeitslosen gelisteten weiterhin unter der Verfügungsgewalt des Jobcenters befinden. Was sich also wesentlich an der Lebensrealität ändert, ist dass diese Menschen nicht mehr frei über ihre Zeit verfügen können, wo sie strukturell freilich vorher auch schon in dieser Verfügung beschränkt waren, aber zu vorher doch ein starker gradueller Unterschied besteht.

Mehr wert sein?

WARUM DIE REALISIERUNG DES PROJEKTS nicht nur bei den Initiatoren, sondern auch bei den bisher Langzeitarbeitslosen für

Anzeige

Rote Hilfe Südthüringen



**Werde Mitglied!
Solidarität ist eine Waffe!**

www.suedthueringen.rote-hilfe.de

Begeisterung sorgt, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Die Thüringer Allgemeine hat unterschiedliche Stimmen dazu eingefangen. Unter anderen weiß dort eine bisherige Aufstockerin zu berichten, sie sei „es Leid, vom Staat fürs Nichtstun bezahlt zu werden. Mit einer Festanstellung für sinnvolle Arbeit fühle sie sich endlich wertgeschätzt.“ So hat auch Petra Enders nicht einmal unrecht, wenn sie schreibt: „Arbeit ist so viel mehr als finanzielle Absicherung. Arbeit ist Anerkennung und Akzeptanz! Und – Arbeit ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.“ Armut als Folge von Arbeitslosigkeit stellt ohne Zweifel einen Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben dar. Doch Arbeit funktioniert auch darüber hinaus als soziales Integrationsprinzip. Mal ganz abgesehen von der Tatsache, dass die meisten Menschen ihre sozialen Kontakte im Bereich des Arbeitsumfeldes pflegen, ist Arbeit in dieser Gesellschaft, in der man seine Nützlichkeit unter Beweis zu stellen hat, um etwas wert zu sein, tatsächlich der Schlüssel zur Anerkennung. Das Recht auf Arbeit ist so vornehmlich eine Pflicht, mit der man sich das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe erkaufte. In Anbetracht dessen, dass es aber einen Überschuss an der Ware Arbeitskraft gibt, hat dieses Recht einen sehr exklusiven Charakter. Arbeit als Integrationsprinzip stellt so immer auch als Kehrseite ein Ausschlussprinzip dar, dessen Mechanismen sich da verstärken, wo der Zugang zu Arbeitsplätzen beschränkt ist.

Das dem zugrunde liegende Nützlichkeitsprinzip funktioniert dabei nicht nur als Ausschlussprinzip aus der Gesellschaft, sondern auch als Abgrenzungsmechanismus für das Individuum. Eine Abgrenzung findet statt zu jenen, die nicht arbeiten und damit vollzieht der Lohnarbeiter gleichzeitig eine Aufwertung seiner Selbst. Minderwertig und überflüssig ist schließlich, wer zur Verwertung nicht willens oder fähig ist. Die Selbstzurichtung der Arbeitssubjekte geht dabei soweit, dass sie auch vor der Selbstwahrnehmung nicht halt macht. Das Nützlichkeitsprinzip schreibt sich so in die Subjekte ein, dass es da, wo die eigene Überflüssigkeit keine nur potentielle mehr ist, negativen Einfluss auf das Selbstwertgefühl hat.

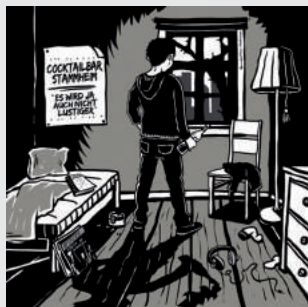
Nieder mit der Lohnarbeit!

SO IST ES ANALYTISCH ERST EINMAL KORREKT, wenn Petra Enders festhält, dass Arbeit Anerkennung und Akzeptanz bedeutet; falsch aber ist es in seiner normativen Aufladung. So wird Lohnarbeit, die eigentlich ein Zwang ist, als etwas Positives und immerwährende Notwendigkeit verklärt und dadurch, dass ihr Zweck nicht hinterfragt wird, ebenso verewigt. Denn Lohnarbeit dient nicht primär der Herstellung von Mitteln der Bedürfnisbefriedigung, sondern der Kapitalakkumulation bzw. ist da, wo nicht einmal letzteres mehr zutrifft, sich selbst Zweck. Wenn hier von nützlicher Arbeit geredet wird, meint das nicht einen Stoffwechsel mit der Natur, der sinnvoll dadurch ist, dass er zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen beiträgt, sondern immer nur die in kapitalistischen Bahnen organisierte Lohnarbeit. Dabei führt sich das Projekt quasi selbst vor. Die Argumentation des Beitrags zur Mehrwertproduktion ist absurd, da diese Arbeitsplätze allein deshalb bestehen, weil sie staatlich gewollt, d.h. alimentiert werden und

nicht weil sie aus Perspektive des Kapitals nützlich sind, d.h. zur Mehrwertproduktion taugen. Nützlich sind sie nur indirekt. Sie sichern durch die Integration der Neu-Beschäftigten in die Tretmühle Lohnarbeit (wenn auch staatlich geförderter) die Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktion durch den Erhalt des sozialen Friedens ab.

Anstatt also die Tatsache, dass es zur Warenproduktion einen immer geringeren Anteil an lebendiger Arbeit bedarf, als Chance zur Befreiung von Lohnarbeit zu begreifen, tritt an die Stelle der Überflüssigkeit von Arbeit die Überflüssigkeit des Arbeiters als Ursache von Massenarmut und sozialer Ausgrenzung. Die Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit zur Erzeugung von Waren produziert so eine Verelendung und Beschränkung der Zahl derer, die Zugang zu diesen Waren haben. Diese Widersprüche gilt es zu begreifen und zu hinterfragen, um gemeinsam für deren Überwindung einzutreten. Insofern verbleiben wir in dieser Ausgabe mit einem Literaturtipp an vor allem Sie, Frau Enders: Einfach mal Marx lesen – und verstehen!

PLATTENTIPP: COCKTAILBAR STAMMHEIM – ES WIRD JA AUCH NICHT LUSTIGER



WIR SIND NICHT WIE IHR, WIR SIND NUR ZUM SCHEITERN HIER.“ Die Punkband Cocktailbar Stammheim aus Düsseldorf singen auf ihrer neuen Platte gegen die kapitalistische Zurichtung an. „Optimiert euch halt selbst kaputt. Seid doch flexibel bis zum Knochenbruch.“ Es geht um die Zurichtung der Subjekte, um ihre komplette Funktionsbestimmung. Mit leicht düsterer und rotziger Musik, brüllen sie ihre Texte hinaus. Fast schon resignativ zeigen sie, wie die Menschen sich durch diese Gesellschaft schleppen müssen: „Ein Faden an jedem Fuß und an der Schläfe eine Knarre. Doch Sicherheitsnadeln halten mein Grinsen fest.“

Sie singen gegen deutsche Zustände, thematisieren dabei aber nicht nur den deutschen Mob vor Flüchtlingsheimen oder auf der Straße: „Schwadronierst was von Volk. Du bist einfach Dreck. [...] Dein Horizont reicht bis zum nächsten AfD-Stand“, sondern genauso die Schreibtischtäter: „Konstruiert immer noch Grenzen, unterstellt Motive fürs Verlassen. Und schenkt dann Lager, die deutsche Wertarbeit sind.“, und die deutschen Aufarbeitungsweltmeister: „Ein Ort aus Backstein und Geschichte, und als Mörtel Barbarei. [...] Und am Ende kommen die Touristen. [...] Wenn jeder Stein über dem anderen schreit, weil er Unfassbares gesehen hat. [...] Die Oberfläche reflektiert alles, was tatsächlich war, bloß zu Sight-Seeing pervertiert.“

Cocktailbar Stammheim machen guten Punkrock mit durchdachten Texten, deswegen gibt es von der Alerta Redaktion die Empfehlung, sich diese Platte zu besorgen.

Bekommen könnt ihr sie für 10€ unter anderem hier: [HTTPS://WWW.TWISTED-CHORDS.DE/](https://www.twisted-chords.de/)

DIE AfD SCHLÄGT SICH ALS RECHTE OPPOSITIONSPARTEI in den Parlamenten besser, als es die NPD je konnte und macht sich dabei die Extremisdoktrin in absurder Verdrehung zu nutze. Ohne dabei auf eine empirische Begründung zurückgreifen zu können, schafft sie es durch das Herbeireden von Gefahren von sogenannten Links- und Ausländerextremismus die Gefahren rechter Gewalt und faschistischer Ideologie zu relativieren.

SCHEITERTE DIE NOCH JUNGE AfD IM JAHR 2013, als sie etwa ein halbes Jahr nach ihrer Gründung für die Bundestagswahlen das erste Mal zu Wahlen antrat, noch an der 5%-Hürde, kann sie seitdem auf regelmäßige Erfolge betreffs ihrer Wahlergebnisse zurückblicken. In jeder darauf folgend stattgefundenen Wahl eines Landesparlamentes ist sie in dieses eingezogen. Aktuell ist sie damit in 10 von 16 Landesparlamenten vertreten. Ihr bisher bestes Wahlergebnis erzielte sie am 4. September 2016, als sie bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 20,6% der Wählerstimmen erhielt. Hier ist sie damit voraussichtlich die nächsten fünf Jahre als zweitstärkste Kraft im Landesparlament vertreten. Wenn sie dort auch nur die Opposition stellen wird, weiß die AfD auch als Oppositionspartei auf die Kacke zu hauen, wie sie (nicht nur) in Thüringen unter Beweis stellte und stellt, wo sie seit etwa zwei Jahren mit acht von 91 Parlamentsmandaten (eingezogen war die AfD damals mit 11 Abgeordneten – das entsprach einem Wahlergebnis von 10,6%) im Landtag vertreten ist. Als im Parlament vertretene Partei stehen einem nämlich weitaus mehr Möglichkeiten offen, als den meist wohl drögen Debatten im Landtag zu lauschen.

Kleine Anfragen

EIN DER VON DER AfD GERN GENUTZTES parlamentarische Mittel ist das Stellen von sogenannten kleinen Anfragen. Kleine Anfragen sind auf wenige Punkte begrenzte Fragestellungen, die von einzelnen Abgeordneten in schriftlicher Form an die Landesregierung gestellt werden können und von dieser binnen einer Frist von sechs Wochen beantwortet werden müssen, wo sie beantwortet werden können bzw. den Zuständigkeitsbereich der Landesregierung abdecken. Kleine Anfragen werden dabei vorwiegend von Parteien bzw. Parteimitgliedern aus der Op-

position gestellt, denn sie stellen ein Instrument der parlamentarischen Kontrolle dar. In ihnen muss sich die Landesregierung für ihr Handeln rechtfertigen, indem sie eben dieses offen legt. So hat freilich nicht erst die AfD dieses Mittel für sich entdeckt, versteht sich aber so gut wie kaum eine andere Partei darauf, es zu nutzen.

Die AfD stellte in diesem Jahr bis Ende September ganze 327 dieser kleinen Anfragen. Wird sich hier seitens der AfD mal nach der Geschwindigkeitsbegrenzung und -kontrolle in Thüringen erkundigt, dort mal nach der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts, haben die Fragen der AfD meist jedoch einen anderen Einschlag. Denn die größte Wirkung erzielt eine kleine Anfrage da, wo deren Antwort öffentlichkeitswirksam skandalisiert werden kann. Diese Öffentlichkeit stellt sich schwerlich von alleine her. So sind zwar die Antworten auf die kleinen Anfragen auf der Seite der Landtags alle schriftlich nachzulesen, aber sicher erwartet keiner vom politikverdrossenen Wähler, dass er sich durch diese Wüste an Druckdokumenten kämpft. So veröffentlicht die AfD regelmäßig auf ihrer Homepage und in Pressemitteilungen die Ergebnisse dieser Anfragen, um diese zu skandalisieren. Welchen Ton dabei die Veröffentlichung einnimmt, steht meist schon vor der Antwort fest, schließlich haben schon die (An-)Fragen tendenziösen Charakter und zielen weniger auf einen Zuschuss von Informationen, als vielmehr ein Anprangern vom Versagen oder fehlerhaften Handeln der Verantwortlichen. Wenn sich da ein Stefan Möller (parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion) zum Beispiel nach den Kindergeldbezug von Ausländern in Thüringen erkundigt, muss man die Antwort nicht abwarten, um zu wissen, dass die AfD sich darüber aufregen wird, wieviele Migranten doch in Thüringen Kindergeld beziehen und was das nicht koste.

Großen Anfrage der AfD zum „Extremismus“

ÄHNLICH VERHIELT ES SICH WOHL AUCH, als die AfD am 29. Oktober 2015 ihre erste große Anfrage in Thüringen stellte.¹ Unter dem Titel „Links- und Rechtsextremismus in Thüringen“ ersuchte die AfD in 125 Fragen mit weiteren Unterfragen Auskunft über Organisationsstruktur, Finanzierung, Aktivitäten, gesellschaftliche Verankerung und anderem zum Links- und Rechtsextremismus in Thüringen. Am 16. Juni 2016 antwortete das Ministerium für Inneres und Kommunales in einem samt angehangener Tabellen und Aufzählungen 176 Seiten umfassenden Papier, das dem Inhalt nach ein vorgezogener Verfassungsschutzbericht ist. Zum Vergleich: In diesem Jahr stellte die AfD nur eine weitere große Anfrage mit vier Fragen und jeweils zwischen drei und 18 Unterfragen zur „Kosten und Einsparpotentiale der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen“. Wie die Prioritäten hier liegen, wird also deutlich und ergibt sich für die AfD aus einer Gefährdungslage, die sie in ihrer Vorbemerkung zur Extremismusanfrage schildert, in der von gestiegenen Zahlen der „Politisch Motivierte Kriminalität links“ (PMK links) und dem ins Auge fallen einer „breite[n] Verankerung von linksextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung“ die Rede ist. Und – ach ja – natürlich stelle auch der Rechtsextremismus eine Gefährdung des Verfas-



Antisextistische Kundgebung am 29. September 2011 in Arnstadt gegen den Auftritt der Antifeministin Eva Herman, eingeladen vom protofaschistischen Monatsblatt „Arnstädter Stadtecho“ – laut Innenministerium: Linksextremismus

1 Eine große Anfrage ist, wie der Name vermuten lässt, ähnlich einer kleinen, unterscheidet sich von dieser aber im Umfang. Sie kann nicht von einzelnen Abgeordneten gestellt werden, sondern muss von einer ganzen Fraktion gestellt werden, wobei sich die Regelungen je nach Bundesland unterscheiden.

sungsstaates in Thüringen dar. Von einer breiten Verankerung in der Bevölkerung ist da allerdings nicht die Rede; das muss man sich von der AfD ja nicht erklären lassen.

Was darin deutlich wird, ist ein sich absurd Zunutzemachen der Extremismuskonzeption². Während die Gegner einer solchen immer wieder damit argumentieren, dass sie unter anderem die Verbreitung rechter und nazistischer Einstellungen bis in die Mitte der Bevölkerung hinein verkenne, dreht die AfD den Spieß nun um. Als protofaschistische Partei ist es ihr freilich ein Anliegen rechtes Gedankengut zu verteidigen, wo sie es nicht selbst propagiert. Unter Rückgriff auf eine Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und gemäßigttem Nationalismus ist das bei ihr allerdings nicht glaubhaft und auch strategisch nicht sinnvoll, speisen sich doch ihre Wählerfolge auch daraus, dass eine solche Unterscheidung haltlos ist. So versucht man sich eben in einer indirekten Verharmlosung rechter Ideologie mittels der Dämonisierung von allem, was im entferntesten als links gelten kann und bedient sich dabei des Arguments all jener, die vor der Verankerung rechten Gedankenguts quer durch die Bevölkerung warnen. Man dreht die Vorzeichen um und sieht nun eine Gefährdung des Verfassungsstaates durch eine vermeintlich breite Verankerung linksextremistischer Ideologie in der Bevölkerung. Da diese Gefahrenpotential schwerlich anhand von Engagement gegen Rechts gemessen werden kann, tut man dies mittels Erhebungen zu PMK links und nutzt die Gelegenheit, um sich von der Landesregierung sogleich ein bisschen Recherchearbeit abnehmen zu lassen.

Ergebnisse und Auswertung seitens der AfD

GEFRAGT HAT DIE AfD IN IHRER ANFRAGE SO doch allen Ernstes nach der namentlichen Nennung von Anmeldern von Demonstrationen. Eine Frage die unter Verweis auf Daten- und Personenschutz unbeantwortet blieb. Ob die Anfragesteller tatsächlich so dumm waren, zu glauben, solche Fragen werden beantwortet oder sich dachten, dass es wohl nicht klappt, es aber doch immerhin versuchen wollten, fragt man sich auch,

2 Zur Kritik der Extremismuskonzeption vgl. Alerta #3, S. 23ff.

wenn diese sich nach der Identität von als solche bezeichneten Tätern in einem noch laufenden Verfahren erkundigen. Hier ist sogleich die Unschuldsumutung mit über Bord geworfen. Doch neben der Dreistigkeit, mit der die AfD versucht linke Strukturen zu durchleuchten, offenbaren die Antworten weiteres: Die Aktivitäten von Links- und Rechtsextremismus stehen in einem starken Missverhältnis zueinander. So ist zum Beispiel die Anzahl der Verletzten durch PMK rechts fast viermal so hoch wie die von PMK links. Die Liste der aufgezählten linksextremistischen Aktivitäten ist – traurig aber wahr – nicht halb so lang wie die der rechtsextremistischen. Erwähnung finden hier zum Beispiel der Auftritt der Band „Feine Sahne Fischfilet“ in Ilmenau im April 2014 oder unter „Sport- und Freizeitaktivitäten Linksextremismus“ die Punxbootstour („Veranstaltungsort: auf der Gera“). Solche Sport- und Musikveranstaltungen finden auch unter der Listung der Aktivitäten Rechtsextremismus Erwähnung. Und wenn unter den Aktivitäten des Rechtsextremismus im Gegensatz zu denen des Linksextremismus jeder noch so kleine Stammtisch einer der vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Parteien gelistet wird, dann liegt das eben an einer unterschiedlichen Einschätzung des Gefahrenpotentials seitens des Staates.

Um an Hand des Vergleiches zu einer abwägenden Einschätzung bezüglich des Gefahrenpotentials zu gelangen ist es nötig, die Zahlen der Straftaten, Verletzten etc. miteinander ins Verhältnis zu setzen, wodurch eine fundierte Entscheidung getroffen werden könnte, zu welcher Seite hin eine größere Gefahrenprävention vonnöten wäre.³ Daran aber ist es der AfD nicht gelegen. In ihrer zu den Ergebnissen der großen Anfrage veröffentlichten Pressemitteilung listet sie ausschließlich die Zahlen der Erhebungen zu Linksextremismus, um zu der Schlussfolgerung zu gelangen, dass dessen Gefahren gemeinhin unterschätzt werden. Dass sich in der Anfrage ebenso nach den Aktivitäten Rechtsextremismus erkundigt wurde, war entweder vorgeschoben, um Neutralität zu suggerieren oder ein Insiderjoke, um die Landesregierung möglichst umfangreich zu beschäftigen. Der Inhalt der dazu

veröffentlichten Pressemitteilung indes hätte gut und gerne vor der Veröffentlichung der Antworten feststehen können, um nachträglich nur noch die entsprechenden Zahlen in die aneinander gereihten Hauptsätze à la „Die Zahl linksextremistischer Straftaten...“, „Die Anzahl linksextremistischer Sachbeschädigungen...“ etc. einzusetzen. Die Schlussfolgerung jedenfalls tat es. Denn mittels Zahlen rechtfertigen zu wollen, dass linke Projekte stärker kriminalisiert werden müssen, war das Anliegen, mit dem die Anfrage überhaupt gestellt wurde. Ihren Antrag darauf, die Antwort auf ihre große Anfrage im Landtag zu verhandeln, haben die Protofaschisten übrigens am Tag als dies erfolgen sollte, zurückgezogen. Es dämmerte der AfD dann wohl doch, dass ihre Behauptungen einer Diskussion nicht standhalten würden.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

EINEN WEITEREN PUNKT, den die AfD in dieser Pressemitteilung anspricht, ist die in diesem Jahr in Jena eingerichtete Dokumentationsstelle Rechtsextremismus. In der seit 1. August 2016 bestehenden Dokumentationsstelle sollen öffentlich zugängliche Informationen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gesammelt und wissenschaftlich ausgewertet sowie Gegenkonzepte entwickelt werden. Da das bedeutet, dass die Dokumentationsstelle sich vornehmlich mit rechten Aktivitäten beschäftigen wird, war das Geschrei und Geheule bei der AfD natürlich groß. Diesen, nach Worten der AfD, „zivil verkleidete[n] Verfassungsschutz außerhalb des Verfassungsrahmens“ mit einem solch „beschränkten Aufgabengebiet“,



Auch unterm Verdikt des Linksextremismus: Ein Stadtrundgang zu den Stätten des NS-Terrors und der aktuellen lokalen protofaschistischen Strukturen am 24. Mai 2014 in Arnstadt

³ Freilich nicht aus unserer, aber aus staatlicher Perspektive.

brauche es nicht. Ein Ausblenden von islamistischem Terror und Linksextremismus wird seitens der AfD beklagt. Die empirischen Gründe, denen an anderer Stelle, wenn auch fälschlich, von der AfD noch zur Beachtung gemahnt wird, sind hier wohl obsolet. Denn mögen dem islamistischen Terror anderswo unzählige Menschen zum Opfer gefallen sein – freilich nichts, das die AfD interessiert –, in Thüringen beläuft sich die Ziffer seiner Todesopfer derzeit auf Null. Genauso steht es um die Zahl der Toten durch linke Gewalt. Die Zahl der Todesopfer rassistischer Anschläge und Übergriffe hingegen belaufen sich nach Zählung der Amadeu Antonio Stiftung seit Anfang der 90er Jahre alleine in Thüringen auf acht. Aber vielleicht traut die AfD dieser Zahl auch nicht, schließlich hat sie in der Amadeu Antonio Stiftung, die der Träger der neuen Dokumentationsstelle ist, ebenso einen Feind ausgemacht wie in dem Leiter der Dokumentationsstelle in Jena, dem sie keine wissenschaftliche Neutralität zutrauen, schließlich habe er einst für ein Mitglied der Linkspartei gearbeitet. Dieser wiederum beteuert, man werde ja auch „Proteste und Gewalt von linken Akteuren erforsch[en]“. In der Amadeu Antonio Stiftung einen Akteur auszumachen, der es sich zum Ziel gesetzt habe, den Verfassungsschutz mit der Dokumentationsstelle überflüssig zu machen, ist indes unbegründet. Schließlich arbeitet man hier seit Jahren mit diesem zusammen und gerade in Thüringen dürfte sich diese Zusammenarbeit unkompliziert gestalten, sitzt der aktuelle Thüringer Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer doch mit im Sitzungsausschuss der Amadeu Antonio Stiftung.



Laut Thüringer Innenministerium auf Anfrage der AfD auch des Linksextremismus verdächtig: Proteste gegen eine NPD-Kundgebung am 12. September 2014 in Zella-Mehlis

Alles nur bobles Gerede?

Die KRITIK DER AfD an dem Dokumentationszentrum, seiner Besetzung und Trägerschaft, die auch die CDU in Thüringen (mit Einschränkung des Stasi-Vergleichs seitens der AfD) teilt, schlug recht hohe Wellen auch in der überregionalen Presse. Ihre Pressemitteilung zur großen Anfrage und die Antworten überhaupt hingegen blieben fast resonanzlos. Die AfD versuchte zwar einen Skandal daraus zu machen, aufgegriffen hat das aber kaum jemand. Wenn das so unbeachtet bleibt, was können dann schon die popeligen kleinen Anfragen der AfD bewirken, könnte man sich fragen; gäbe es da nicht noch die linke Landesregierung in Thüringen. Dass die AfD in staatstragenden Akteuren nämlich gefährliche Linksextremisten ausgemacht hat, ist nicht nur einem Funken Paranoia geschuldet, sondern ebenso Teil der Strategie der Dämonisierung von Antinazi-Arbeit, im Zuge dessen alles, was sich selbst irgendwie als links versteht, nun als linksextremistisch markiert wird. Das ist auch ein Ärgernis der Linkspartei, schließlich will man nicht öffentlich mit sogenannten Linksextremisten in einen Topf geworfen werden und zu allem Überfluss auch noch die Wähler an die volksnahe AfD verlieren. Wusste und musste man die im Koalitionsvertrag beschlossene Dokumentationsstelle noch (zu) verteidigen, wird es für andere Projekte prekär, wo man dem Versuch der AfD linke Projekte zu dämonisieren nachgibt, weil man Angst hat durch eine – sei es nun eine tatsächliche oder von der AfD imaginierte – Nähe zu ihnen ebenfalls den Extremisten-Stempel aufgedrückt zu bekommen. Die Strategie der AfD faschistisches Gedankengut indirekt dadurch zu rehabilitieren, indem man die Gefahr anderer Extremismen übersteigert – und dabei auch nicht zu unterscheiden weiß zwischen Gefahren für den Verfassungsstaat und Gefahren für das Wohlbefinden und die körperliche Unversehrtheit von Menschen –, sodass sie nun in einer Reihe mit anderen Gefahren stehen, zeitigt dann auch den Erfolg, dass es die Arbeit für Projekte, die sich die Bekämpfung von faschistischer Ideologie, wie sie die AfD propagiert, zum Ziel gesetzt haben, erschwert. Dabei zeigen die Wahlergebnisse der AfD und die Ergebnisse und Zahlen der Antworten auf große und kleine Anfragen, die die AfD zu ihrem Zwecke zu nutzen weiß, nichts deutlicher, als dass es dieser Arbeit bedarf.

FREE THE THREE – BECAUSE WE ARE FRIENDS

IN DER NACHT VOM 8. AUF DEN 9. SEPTEMBER 2016 drohte eine Hundertschaft der Polizei in voller Montur das Wohn- und Projekthaus Ju.w.e.l. e.V. in Gotha zu stürmen und zu durchsuchen, sollten nicht innerhalb von fünf Minuten drei Menschen heraustreten, die von Nazis der Körperverletzung bezichtigt wurden. Während die Polizei schon damit beschäftigt war, die Tür einzutreten, haben sich ein paar der im Haus Anwesenden dazu entschlossen herauszutreten, um zu verhindern, dass die Polizei das Gebäude stürmt und durchsucht. Fünf von ihnen wurden in Gewahrsam genommen und dabei von der Polizei mit Tritten und Schlägen malträtirt. Zwei der festgenommenen Personen kamen am selben Abend wieder frei; ihnen wird Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Die restlichen drei wurden am darauffolgenden Freitagnachmittag dem Haftrichter vorgeführt und in Untersuchungshaft gesteckt.

DASS POLIZEI UND JUSTIZ DURCHAUS einen gewissen Handlungsspielraum haben, zeigt sich unter anderem am Beispiel von Ballstädt. Hier wurden die Nazischläger trotz Überwachung durch den Verfassungsschutz nicht davon abgehalten mehrere Menschen anzugreifen und zum Teil krankhausreif zu prügeln. Trotz deutlicher Nachweise der Tatbeteiligung Einzelner, laufen diese noch frei herum und hatten so zwischenzeitlich die Gelegenheit weiterhin Menschen anzugreifen. Während dieser Handlungsspielraum nicht zum ersten Mal zu Gunsten der Nazis genutzt wurde, hat der Repressionapparat

in Gotha in kürzester Zeit alles aufgefahren, was er zu bieten hat.

Nachdem die drei Betroffenen das Wochenende unter widrigsten Bedingungen inhaftiert waren, wurden sie am Montag, den 12. September unter nahezu absurden Auflagen bis zum Prozess aus der Untersuchungshaft entlassen. Damit sind sie vorerst wieder frei, die Sache aber ist noch lange nicht vorbei. Ihnen steht ein anstrengendes und kostspieliges Verfahren bevor, bei dem wir sie nicht alleine lassen werden und uns über jedwede Unterstützung freuen. Mit Solidarität gegen Repression!



Weitere Infos dazu, Termine für die anstehenden Soliveranstaltungen, die Kontodaten der Roten Hilfe Südthüringen für Spenden (Verwendungszweck „Gotha“) und alles weitere findet ihr auf: [HTTP://ROTEHILFESTH.BLOGSPORT.DE/](http://rotehilfesth.blogspot.de/)

IN DEN VERGANGENEN AUSGABEN DER ALERTA SÜDTHÜRINGEN haben wir euch in einer dreiteiligen Reihe einen Überblick über den antifaschistischen Widerstand in Südthüringen in der Zeit des Nationalsozialismus gegeben. Im Folgenden wollen wir dieses Bemühen um das Wachhalten der Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus und den antifaschistischen Widerstand dagegen mit einer Reihe von Dossiers über Männer und Frauen fortsetzen, die gegen die nationalsozialistische Herrschaft auf unterschiedlichste Weise opponierten. Beginnen wollen wir diese Reihe mit einem Mann, dessen Werdegang sinnbildlich für die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung zum Zeitpunkt ihrer endgültigen Niederlage steht und der die nationalsozialistische Bedrohung schon lange vor deren Machtübernahme bekämpfte: Nikolaus Pfaff.

PFAFF WURDE AM 8. MAI 1892 in Michelau (Oberfranken) geboren, zog später nach Zella-Mehlis und arbeitete in seinem Leben in vielen Berufen. Als Leutnant im Ersten Weltkrieg wurde er zum Kriegsgegner, Pazifist und schließlich zum Kommunist. Er war lange Zeit als Lehrer tätig – eine Profession, die damals wie heute nicht unbedingt von Kommunisten dominiert war. Zusammen mit Theodor Neubauer arbeitete er an Schulreformen und galt als „roter Schulmeister“. Im Jahr 1923 musste Pfaff untertauchen und floh später sogar zeitweise aus Deutschland. Er sah sich damals antikomunistischer Verfolgung ausgesetzt, weil er sich im Nachgang des Hitlerputsches an der Bewaffnung von Thüringer Arbeiterkampfverbänden beteiligte und als „Anführer“ jener proletarischen Hundertschaften galt, die im thüringisch-bayrischen Grenzgebiet gegen die Truppen des Hitlerputsches einen Sperrriegel errichteten, der das Übergreifen faschistischer Milizen auf Thüringen verhindern sollte. Pfaff arbeitete im Anschluss für die KPD als Funktionär, für die Kommunistische Internationale in Moskau, in Redaktionen kommunistischer Zeitungen, war ein begnadeter Redner und gefragter Politiker. Er saß für die KPD zeitweise im Reichstag, was ihm Immunität vor der Verfolgung verschaffte und wurde nach Auslaufen des Reichstagsmandates 1931 zu einem Jahr Festungshaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Auch in seiner Haftzeit blieb er sich treu und organisierte im Knast den politischen Widerstand.

Nach seiner Haftentlassung im Sommer 1932 wurde Nikolaus Pfaff aus der KPD isoliert. Grund war seine kritische Haltung gegenüber der dogmatischen und Moskau-hörigen Politik der Partei. Vor allem die Sozialfaschismusthese, nach

der die deutschen Sozialdemokraten auch Faschisten bzw. deren Steigbügelhalter seien, lehnte Pfaff ab. Er plädierte für einen gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Gefahr. 1933, im Jahr der faschistischen Machtübernahme, kam das Verbot der KPD dem Ausschluss Nikolaus Pfaffs aus dieser zuvor.



Im April 1933 fand die erste Hausdurchsuchung bei Pfaff statt, bei der man kommunistisches Material beschlagnahmte. Durch seine Isolation in der KPD entkam Pfaff aber den ersten faschistischen Verhaftungswellen. Zusammen mit seinen Genossen organisierte er Widerstand, gehörte aber nicht zum engeren Kreis der Widerstandsorganisationen. Nach dem Ausbruch des Krieges mit dem Überfall Deutschlands auf Polen kamen die ersten Zwangsarbeiter nach Zella-Mehlis. Nikolaus Pfaff, seiner Familie und anderen Zella-Mehlis Antifaschisten ist es zu verdanken, dass viele von ihnen

nicht unter den erbärmlichen Bedingungen verhungerten. Am 8. Juni 1944 wurde Nikolaus Pfaff im Zuge der Vorbereitung der „Suhler Hochverratsprozesse“ verhaftet. Er wird ins Gestapo-Gefängnis nach Ichtershausen gesperrt. Was Pfaff dort durchmachen musste, ließ sein mit Narben übersäter Körper noch nach dem Krieg erahnen. Am 5. April 1945 standen die amerikanischen Alliierten kurz vor Ichtershausen. Pfaff und die anderen dort inhaftierten Antifaschisten wurden auf den Todesmarsch in Richtung KZ Flossenbürg geschickt. In einer Schule in Rudolstadt angekommen, weigerten sich Pfaff und sechs weitere Gefangene weiterzulaufen. Sie waren zu schwach und wurden zurückgelassen. Am 13. April wurden sie – völlig entkräftet und ausgehungert – von den Amerikanern aufgefunden und wieder an die Nahrungsaufnahme herangeführt. Drei Tage später traf Pfaff wieder in Zella-Mehlis ein. Er wog noch 48 Kilogramm. Nikolaus Pfaff, so schreibt seine Enkelin Heike Gundlach, hatte nur „durch eine Kette von Zufällen den faschistischen Terror überlebt“. Schon einen Tag nach seinem Eintreffen in Zella-Mehlis, am 17. April 1945, meldete er sich im Rathaus, wo sich die amerikanische Kommandantur befand. Pfaff wollte den Wiederaufbau vorantreiben und die faschistischen Strukturen in Zella-Mehlis ausmerzen. Er genoss das Vertrauen der Amerikaner, kümmerte sich um Ernährungsfragen und war Mitglied bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Ende März 1946 erlebte Pfaff, möglicherweise als Spätfolge der faschistischen Misshandlungen, einen schweren, lebensgefährlichen Herzinfarkt. Auch sein gespaltenes Verhältnis zu den Überresten der organisierten Arbeiterbewegung, die in der DDR unter sowjetischer Ägide einen postfaschistischen Staatskapitalismus installierte, holte ihn ein. Wegen kritischer Äußerungen gegenüber der Staatspartei SED wurde Pfaff aus dieser ausgeschlossen und zur Unperson erklärt. Am 23. Mai 1951 brach Pfaff bei der Gedenkrede für einen verstorbenen Freund an dessen Grab tot zusammen.

Die Vita von Nikolaus Pfaff steht symbolisch für die Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus. Die tiefe Spaltung, die sie durchzog, war ein Grund unter weiteren, warum sie niemals in der Lage war, die faschistische Herrschaft in Bedrängnis zu bringen. Pfaff steht dabei für unzählige Kommunisten, die ohnmächtig die falsche Politik der internationalen kommunistischen Führung ertrugen, auch wenn sie die Fehler erkannten. Heute, mit einigem Abstand betrachtet, lässt sich Nikolaus Pfaff einordnen in eine Bewegung, die später als Reformkommunismus oder auch Eurokommunismus bekannt wurde. In jenen kommunistischen Parteien, die im sowjetischen Machtbereich nach dem Zweiten Weltkrieg lagen, konnten sich die Reformkommunisten nie durchsetzen. In den westeuropäischen KP's, vor allem in Italien, Spanien und Frankreich, vertraten die Kommunisten zunehmend die Auffassung eine von den Weisungen aus Moskau unabhängige Politik zu verfolgen und sich an den Bedingungen des jeweiligen Landes zu orientieren. Nebenbei gemerkt: Ohne wirklichen Erfolg. Der Eurokommunismus etwa Italiens ging in der Sozialdemokratie auf, der Sowjetkommunismus war nicht erst seit den Großen Säuberungen Mitte der 30er Jahre in der Sowjetunion eine einzige Tragödie. Aber die Irrwege der kommunistischen Bewegung wären ein eigenes Thema und sind mithin ein Problem an dem eben auch Nikolaus Pfaff in seinem Bemühen für eine Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung und faschistischer Zerstörung tragisch scheiterte.



Literatur:

- Heike Gundlach: Pfaff - Bevor alles ganz verblasst. rh-Verlag, Benshausen, 2009.
- Gerd Kaiser: Auf Leben und Tod – Stille Helden im antifaschistischen Widerstand 1923 bis 1945. Edition Bodoni, Berlin, 2007.

ANTIFASCHISMUS BEGINNT NICHT BEI DER SITZBLOCKADE oder bei der Recherche über Nazis und ihre Strukturen. Dass sich Menschen vielerorts unter dem Label der Antifa zu Standortshützen aufschwingen oder die Antifa als Datensammler zum Zuträger der Staatsantifa oder diverser zum selber Recherchieren zu bequemer Journalisten wurde, ist ein Missstand, der mit unserem Verständnis von Antifaschismus nicht zu vereinbaren ist.

DIE ANTIFA WILL NICHT DIE STÄRKUNG der bestehenden Demokratie, sie verteidigt nicht die Menschenrechte, sondern kritisiert Demokratie und Menschenrechte als ephemeren Ausdruck des herrschenden Verhältnisses, seine mangelnde Fassade, hinter der sich die Gesetze der kapitalistischen Vergesellschaftung und ihre Verfallsformen umso brutaler Geltung verschaffen. Der Antifa geht es um die Stärkung kritischen Bewusstseins, das nötig sein wird, um wirksam gegen die menschenfeindliche kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre ideologischen Auswüchse vorzugehen.

Vielfach bleibt in den aktuellen Auseinandersetzungen mit der Naziproblematik das Verhältnis der bestehenden Gesellschaft und ihrer Ideologie zur Ideologie der Nazis ungeklärt oder man will partout nicht wahrhaben, dass die Nazis ein notwendiges Produkt der bestehenden Gesellschaft sind. Die Antifa, in unserem Verständnis, versteht die bürgerliche Gesellschaft nicht als Antipoden des Faschismus, sondern als die Bedingung seiner Möglichkeit. Das heißt mithin, dass im Ernstfall erstere gegen letzteres zu verteidigen ist. Solange aber keine faschistische Machtübernahme ins Haus steht – und selbst die AfD in ihrer derzeitigen Verfassung wird dies nicht leisten –, kann es der Antifa nicht darum gehen, die bestehende Demokratie oder die Menschenrechte zu verteidigen, weil Demokratie und Menschenrechte vielmehr Ausdruck des herrschenden Verhältnisses sind als widerständige Potentiale gegen es. Der Antifa muss es um die Stärkung kritischen, also radikal aufklärerischen Bewusstseins sowie um theoretisch zu begründende praktische Interventionen gegen die menschenfeindliche kapitalistische Gesellschaftsordnung gehen. Last but not least geht es in Zeiten von PEGIDA, AfD und den mit diesen Erscheinungen einhergehenden Angriffen auf Geflüchtete auch um das vom bürgerlichen Main-

stream der Antifa zugeordnete „Kerngeschäft“: um den – aber eben nicht idealistisch zu beweihräuchernden – Schutz der eigenen Strukturen und jener Menschen, die den Nazis und ihrer Vorläufern am schutzlosesten ausgeliefert sind.

Im anschließenden Mehrteiler, der sich der Frage widmet, was aus radikal-gesellschaftskritischer Perspektive Antifa eigentlich bedeutet, geht es um die Voraussetzungen und Möglichkeiten der zuletzt umrissenen Praxis. Der in dieser Ausgabe der Alerta Südthüringen vorliegende erste von voraussichtlich vier Teilen beschäftigt sich mit dem zugrunde liegenden Begriff der Gesellschaft und der Einbettung des Naziproblems in seinen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang.

Wie versteht die Antifa das Naziproblem? – Zum Stand der Gesellschaft

WIE UNLÄNGST AUFGEFALLEN SEIN DÜRFTE, vertritt die Redaktion dieser Zeitschrift ein spezielles Verständnis von Antifa. Dieses Verständnis ist nicht aus irgendeinem Lehrbuch entnommen, sondern es entstand entlang theoretischer wie praktischer Auseinandersetzungen, die wir die letzten Jahre geführt haben. Es ist kein endgültiges, feststehendes, keine Doktrin, sondern orientiert sich am abzuschaffenden Gegenstand, also am gegenwärtigen Nazismus samt seiner Wurzeln.

Dieser Nazismus – und das ist entscheidend – hat seine Wurzeln, seine Entstehungsbedingungen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Normalität, deswegen – das sei an dieser Stelle vorweggenommen – ist der Versuch, ihn innerhalb dieser Gesellschaftsordnung zu beseitigen zum Scheitern verurteilt. Der Nazismus, die Naziideologie ist kein der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer kapitalistischen Verkehrsweise opponierendes bzw. entgegengesetztes oder äußerliches, sondern er ist

vielmehr ihr logisches Produkt. Naziideologie ist in ihrem Wesen eine radikalisierte Form bürgerlicher Ideologie, ihre Krisenform.

Zunächst wird es also in kurzer und gestraffter Form um die gesellschaftlichen Verhältnissen gehen, in denen wir leben. Unsere Analyse orientiert sich theoretisch an der Weiterentwicklung der Marx'schen materialistischen Gesellschaftstheorie durch die Kritische Theorie Horkheimers und Adornos.

Gesellschaft bzw. die objektiven Verhältnisse werden in der materialistischen Gesellschaftstheorie Adornos und Horkheimers verstanden als brüchige Totalität. Brüchige Totalität meint also ein weitgehend geschlossenes, alle Lebensbereiche durchdringendes System gesellschaftlich verordneter Normen und Verhaltensweisen, das dort brüchig ist, wo die Menschen die Abriechung in diesem System als Leiden erfahren und empfinden. Diese Totalität der Verhältnisse ist zum einen gekennzeichnet durch einen „Vorrang des Objekts“, das heißt durch der Reflexion über sie vorgängige materielle Verhältnisse, die sich im Einzelnen einschreiben und die zum anderen eine Ohnmacht des Subjekts bedingen, von der sich zu emanzipieren äußerster Mühe bedarf und

die überhaupt nur im Denken zu überwinden ist, solange die vorgängigen materiellen Verhältnisse nicht aufgehoben sind. Solche Totalität ist nicht mehr, wie die vorkapitalistischen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, geprägt durch persönliche Abhängigkeiten, sondern durch eine sachlich vermittelte Herrschaft eines anonymen Vergesellschaftungsmodus entlang der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie. Die Warenwirtschaft, deren Analyse äußerst zentral ist, die hier aber weitgehend ausgelassen bzw. vorausgesetzt werden muss, legt also die allgemeinen Bedingungen fest unter denen der Austausch in dieser Gesellschaft nach dem bereits von Marx analysierten Wertgesetz stattfindet.

Diese Gesellschaftsordnung bringt als ihre Reflexionsform eine Ideologie hervor, die der Reproduktion einer solchen Gesellschaft zuträglich ist und ihre Gewalt rechtfertigt. Mehr noch: die von dieser Gesellschaftsordnung produzierte Unfreiheit und die Menschenfeindlichkeit einer Ordnung, in der Hunger bekanntlich kein Grund zur Produktion ist, werden gar nicht mehr als solche empfunden. Bürgerliche Ideologie lässt die Leute glauben, was in dieser Gesellschaft vor sich geht sei vernünftig und notwendig. Adorno



Antifa heißt Anfängen zu Begreifen

schreibt: „Im Stillen ist eine Menschheit herangereift, die nach dem Zwang und der Beschränkung hungert, welche der widersinnige Fortbestand der Herrschaft ihr auferlegt.“ Die Menschen verharren gewissermaßen in Unfreiheit, ohne darum zu wissen, machen sich als Freiheit vor, was nur die Anpassung an den Zwang bedeutet. Daran ändert selbst Bildung, früher Quelle der Subjektivierung, nichts bzw. verstärkt die Entwicklung noch – zumindest eine solche Bildung, die sich der Kontrolle der gesellschaftlichen Verhältnisse unterwirft; einer Bildung, die nur noch dem gesellschaftlichen Selbstzweck dient und wovon die Reproduktion des Lebens nur ein Abfallprodukt ist. Hinzu tritt eine Kultur, die industriell organisiert ist, in die die Gesellschaftsmitglieder als Kunden und Konsumenten eingegliedert sind und die alles mit Monotonie schlägt, einen Hort der Dummheit sowie einen Verblendungszusammenhang aufrichtet, der kaum noch zu durchbrechen ist.

Die warenproduzierende Gesellschaft stellt also den gesamten gesellschaftlichen Austausch unter ihre Bestimmungen. Mit der Produktion von Waren im Überfluss durch die fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte, durch Rationalisierung, Maschinisierung und Automatisierung ist aber nicht die Arbeit überflüssig geworden, an der man sklavisches festhalten muss, weil sie immanent Bedingung der Reproduktion ist, sondern die Arbeiter, die systematisch aus dem Arbeitsprozess verdrängt werden müssen, um Kosten einzusparen und Gewinne zu maximieren. Dies ist nichts anderes als der blinde Zweck dieser kapitalistischen Ordnung: die technisch unnötig gewordene Aufrechterhaltung des Ausbeutungszusammenhangs als Quelle von Leiden enormen Ausmaßes. Es gilt die Treitmühle am Laufen zu halten, Produktion um der Produktion willen, statt als Mittel zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung. Der Zweck der gesellschaftlichen Produktion besteht eben nicht in der Einrichtung eines guten Lebens für alle Menschen, was immer man auch darunter verstehen mag. Evident ist das schon daran, dass täglich zehntausende Menschen verhungern, obwohl es längst möglich ist, alle Menschen weltweit mit dem Grundlegendsten zu versorgen; erkenntlich also daran, dass in der ersten Welt überflüssige Nahrungsmittel in der Regel lieber vernichtet werden, um deren Marktpreise stabil

zu halten, anstatt sie Bedürftigen zu geben. Dass das Leben in diesem Teil der Welt noch erträglich ist, je nach Standpunkt des Betrachters, ist mehr ein Neben- oder man könnte auch sagen Abfallprodukt des eigentlichen Zwecks: der rastlosen Vermehrung von Tauschwerten. Das ist der Sinn jeder Kapitalbewegung, die so sehr sich das die Sozialdemokraten aller Couleur auch einreden wollen, niemals domestiziert und in den Dienst des Menschen gestellt wurde oder werden kann. Der Zweck der Produktion von Waren in dieser Gesellschaft war nie ein anderer, als aus Wert mehr Wert zu machen, aus Geld, dem allgemeinem Wertäquivalent, mehr Geld zu machen. Und diese Triebfeder der kapitalistischen Vergesellschaftung beherrscht nicht nur den Markt und die gesellschaftliche Interaktion; sie beherrscht das Subjekt, den Einzelnen unbewusst bis ins Innerste, sodass wir von einer politökonomischen Struktur bürgerlicher Subjektivität reden müssen.

Dass der Einzelne aber für die Funktion der Gesellschaft tendenziell überflüssig wird, weil seine Arbeitskraft, durch die er sich ins Ganze integriert in zunehmenden Maße nicht mehr gebraucht wird, kann für dessen subjektive Konstitution nicht folgenlos bleiben, sondern macht sich als Krise des Subjekts immer dann bemerkbar, wenn die Wachstumsdynamik, an der die Integration der Einzelnen in die Warengesellschaft gebunden ist, ins Stocken gerät. Krisen des Systems übersetzen sich in Krisen des Subjekts und die Verarbeitung solcher Krisen kann katastrophale Formen annehmen. In Deutschland mündete sie in die negative Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, im deutschen Vernichtungskrieg und der Shoah, der fast vollständigen Ausrottung des europäischen Judentums. In der europäischen Peripherie vollziehen heute islamistische Terrorbanden eine ganz ähnliche negative Aufhebung der bestehenden Gesellschaften mit mörderischen Konsequenzen aber bisher geringerer Durchschlagskraft als die deutsche Barbarei. Diese negative Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft ist ein zentraler Reflexionspunkt Kritischer Theorie. Nach Auschwitz ist die Kritik der Verhältnisse eine andere geworden, an der Shoah hat sich eine Dialektik der Aufklärung gezeigt, die den bürgerlichen Fortschrittsglauben blamiert hat bzw. ihn durch einen Fortschritt in der Entmenslichung ersetzt hat. Die

Überwindung der Voraussetzungen für jene falsche Aufhebung, also die Überwindung der gesellschaftlichen Ursachen für Faschismus macht die Kritische Theorie – und das ist eben zentral für eine antifaschistische Gesellschaftskritik – zum Maß jeder Praxis und das Fortbestehen jener Bedingungen, die in der kapitalistischen Vergesellschaftung liegen, zum Existentialurteil über die bestehende Gesellschaft nach Auschwitz. Wolfgang Pohrt brachte es einmal auf den Satz: „Die Welt, die nach Auschwitz nicht ganz anders ist, ist eine, die Auschwitz bewußt in Kauf nimmt.“ Den Faschismus analysiert die Kritische Theorie nicht als Ausrutscher, nicht als Zivilisationsbruch, sondern als das „Zusichselbstkommen der Gesellschaft an sich“ (Adorno). Die These der Kritischen Theorie ist nun also die, dass sich nach Auschwitz die alte Gesellschaft wiederhergestellt hat, aus der heraus Auschwitz erst ermöglicht wurde. Und gerade weil eine Gesellschaft, die Auschwitz in Kauf nimmt, sich für Auschwitz verantworten muss, wurde das Dasein in der bestehenden Gesellschaft, so Adorno, zu einem „universalen Schuldzusammenhang“.

In einer solchen gesellschaftlichen Totalität, aus der es subjektiv kein Entrinnen gibt, nicht in Kommunen, nicht in irgendwelchen Subkulturen und auch nicht in anderen, vermeintlich sozialistischen Ländern, gewinnt das gesellschaftlich produzierte bürgerliche Subjekt Identität nicht an sich selbst, sondern u.a. in der Abgrenzung zu anderen. Jenes Subjekt findet Identität, um es mit Joachim Bruhn auf den Punkt zu bringen, „im Prozeß einer ständigen Abgrenzung und eines permanenten Zweifrontenkrieges gegen das ‚unwerte‘ und gegen das ‚überwertige‘ Leben.“ Mit anderen Worten: in der rassistischen und/oder antisemitischen Abgrenzung oder – im Falle des Islamismus – der Einteilung der Welt in „Gläubige“ und „Ungläubige“.¹ Keine Bestandteile sind so zentral für Naziideologie wie Rassismus und Antisemitismus und beide haben ihren Ursprung in der Grundform jener Ideologie, der bürgerlichen Ideologie; der Ideologie, die für diese Gesellschaft konstituierend ist, mit der jede und jeder von Ge-

burt an konfrontiert ist und die sich ins Subjekt einschreibt, ob man denn nun will oder nicht. Diese Ideologie des Rassismus wie des Antisemitismus missversteht der bürgerliche Antifaschismus oder der Staatsantifaschismus, der mittlerweile zum Bestandteil der staatlich verordneten politischen Kultur in diesem Land geworden ist, als Vorurteil, als Erkrankung des Bewusstsein, dem durch Information über die Schlechtigkeit dieses Denkens beizukommen wäre. In diesem Punkt und freilich nicht nur in diesem, unterscheidet sich unsere Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse ganz fundamental von dem Praxisverständnis der politischen Linken, die hier als sozialdemokratische, reformistische Linke bezeichnet wird und von der eine radikal-gesellschaftskritische Linke zu unterscheiden ist.

Was bedeutet es also, wenn wir Rassismus und Antisemitismus als gesellschaftliche Verhältnisse, als notwendige Erscheinungen dieser kapitalistischen Gesellschaft begreifen, denen nur durch die Abschaffung der bestehenden Ordnung, aber ganz sicher nicht mit den herrschenden Formen der Demokratie, mit Menschenrechten oder Sozialarbeit beizukommen ist? Was wir damit nicht meinen, wenn wir von Rassismus und Antisemitismus als gesellschaftlichen Verhältnissen reden, ist die in der Zivilgesellschaft inzwischen weit verbreitete Ansicht, dass Rassismus und Antisemitismus vielleicht gesellschaftliche Verhältnisse seien, weil sie weit verbreitet sind, ja weil diese Ideologien, was sich etwa in der deutschen Flüchtlingspolitik widerspiegelt, in bestimmten Bereichen Common Sense sind. Die Erklärung, warum wir Rassismus und Antisemitismus als gesellschaftliche Verhältnisse begreifen, geht einen Schritt hinter die Tatsache ihre gesellschaftsweiten Verbreitung zurück; sie geht auf den Grund, erklärt im besten Fall, die gesellschaftlichen-notwendigen Entstehungsbedingungen von Rassismus und Antisemitismus. Freilich wird es im Einzelfall den Unterschied ausmachen, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sich diese notwendige Ideologie gesellschaftlich Geltung verschafft. Im nachfolgenden zweiten Teil unserer Reihe in der kommenden Ausgabe der Alerta Südthüringen schauen wir uns die Sache also im Einzelnen an und untersuchen die Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus aus einer radikal-gesellschaftskritischen Perspektive.

¹ Zur antifaschistischen Kritik des Islamismus vgl. den Debattenbeitrag der Antifa Suhl/Zella-Mehlis vom 21. August 2015, dokumentiert in Alerta Südthüringen #6, S. 24ff.

NACHDEM DER VORMARSCH VON TOMMY UND PATTI an der Heimatfront (SÜGIDA ist tot, THÜ-GIDA stagniert) ins Stocken geriet, flogen die beiden Freunde mit gewissen Vorzügen (siehe Alerta #5, S. 27) zur ehemaligen Achsenmacht Japan auf der Suche nach Verbündeten im Kampf gegen Ausländer, Linke, Anabolikaverknappung und Angela Merkel. Unser Leser *Tommy aus der Jauchegrube* zeichnet uns die Geschehnisse in Japan in Form dieser Fotohatestory bildreich nach.

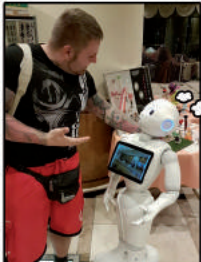
FOTOHATESTORY
Tommy und Patti machens in Japan



„Man kann vor seinem eigenen Arschloch nicht davonlaufen.“ (Notiz aus Butthead Frencks Tagebuch der Reiseerkenntnisse)



Ankunft der Reisegruppe Adolf Hitler in Japan - Mission Vernichtungshilfe Achsenmacht läuft an...



Erste Gespräche mit möglichen Verbündeten...



Was ist das für 1 Honk?

Weich Hochkultur...



Hatte ich nicht Klöße bestellt?!

Daumen hoch zum Köckertgruß

Später beim Abendessen...



Kameraden! Tommy und Patti rücken auf Tokio vor. Es gibt die ersten Verhandlungserfolge!

Gröhl...

Derweil im heimatlichen Gasthaus in Kloster Veßra a.k.a. Führerbunker...



Am nächsten Tag machen sich Tommy und Patti auf den Weg nach Tokio...



...irgendwo an der Raste

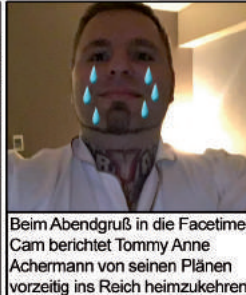


88... höhöhö



Seufz... wie in Schleusingen hier...

Vor einer Ruine in Hiroshima packt Tommy das Heimweh



Beim Abendgruß in die Facetime-Cam berichtet Tommy Anne Achermann von seinen Plänen vorzeitig ins Reich heimzukehren

Werden die Freunde ihren Marsch auf Tokio fortsetzen? Wie kommt Tommys Roboter-Affen-Armee nach Kloster Veßra? Reicht Pattis Reiseapotheke um Tommys Klopfeentzugsblähungen zu behandeln?

Fortsetzung folgt...

...vielleicht

